

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2.25 M.
(davon 87 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Postbezug 3.97 M. einschließlich 60 Pf.
Postgebühren und 72 Pf. Postbestell-
gebühren. Auslandsabonnement 5.85 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Druckfachpostporto 4.85 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags
zwei- bis dreimal. Sonntags und Montags
einmal. Die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage
„Soll und Seil“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitig Millimetergröße 80 Pf.
Kleinanzeigen 2— M. „Kleine An-
zeigen“ das fertige Wort 20 Pf.
(unabhängig vom fertigen Wort) jedes
weitere Wort 10 Pf. Abends 11. Zeit.
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte. Arbeitsmarkt-Millimeter-
größe 25 Pf. Familienanzeigen Milli-
metergröße 10 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3.
Wochentags von 8½ bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-
wehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3.
Fernr.: Dönhoff (A 7) 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonton: Berlin 37 556. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. V. u. Dtsch.-Gef., Depostent., Jerusalemer Str. 65-66.

Saalschlacht im Landtag.

Nazis prügeln die Kommunisten aus dem Saal. — Zahlreiche Verletzte. Trümmer bedecken das Schlachtfeld.

Nach der Präsidentenwahl kam es gestern im Landtag zu einer ungeheuren Saalschlacht zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Die Nationalsozialisten schlugen mit Stühlen, Tischen und allen erreichbaren harten Gegenständen auf die Kommunisten ein und trieben sie aus dem Saal.

In dem Tumult wurde der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, der Genosse Jürgensen, von einem schweren Stuhl am Kopf getroffen und brach besinnungslos zusammen. Er mußte in die Klinik in der Ziegelstraße gebracht werden.

Im Plenarsaal des Landtags wurden große Verwüstungen angerichtet, er bildete nach dem Ende der Schlägerei ein wirres Durcheinander. Die nächste Sitzung des Landtags findet am 1. Juni statt.

Gib nur erst acht, die Bestialität
Wird sich gleich herrlich offenbaren!
Faust I, Auerbachs Keller.

Die Bestialität hat sich gar herrlich offenbart. Vierundzwanzig Stunden lang hat die SA-Kolonie des Preussischen Landtags, zum Schein nationalsozialistische Landtagsfraktion genannt, so etwas wie Manieren und Disziplin geübt. Bis die Präsidentenwahl vorbei war und sie — man muß es aussprechen — dank einer übergroßen Vertrauensseligkeit des Zentrums und dank der scheinrevolutionären Berrantheit der Kommunisten das Landtagspräsidium in der Tasche hatten. Dann ging der Spektakel los, und er nahm Dimensionen an, die auch den ärgsten Pessimismus übertrafen!

Die zweite Sitzung des Preussischen Landtags ist auseinandergefallen mit einer Saalschlacht, bei der es drei Schwerverletzte und eine Anzahl Leichtverletzte gegeben hat, an deren Ende der Sitzungssaal des Landtags einem Trümmerfeld gleich und einen Anblick bot, der wahrlich als Symbol gewertet werden darf: so sieht das aus, was der Faschismus aus den Parlamenten machen will.

Zur Zeit sind die politischen Folgen dieses vandalischen Aktes noch ungeklärt. Dagegen bestehen über den Hergang selber keinerlei Zweifel. Er begann mit einer ungeheuren Provokation der Nationalsozialisten, und wenn auch das kommunistische Verhalten nicht ohne Mitschuld an der Entwicklung der Dinge gewesen ist, so zeigt doch das ganze Vorgehen der Nationalsozialisten, daß es von ihrer Seite von vornherein auf Provokation angelegt war.

Nach der Erledigung der Präsidentenwahl behandelte der Landtag die Festsetzung der Mitgliederzahl einer Anzahl von Ausschüssen und die Ueberweisung verschiedener dringlicher Anträge zur sofortigen Behandlung an diese Ausschüsse. Eine völlig harmlose Angelegenheit, über deren sachliche Erledigung um so weniger Differenzen bestanden, als sie am Vormittag im Ältestenrat zwischen allen Parteien vereinbart worden war.

Plötzlich meldete sich der nationalsozialistische Abgeordnete Roland Freisler zur Geschäftsordnung und verlangte die sofortige Konstituierung des von den Nationalsozialisten schon vor einigen Tagen beantragten Untersuchungsausschusses über die Justiz. Schon an sich war dieser Antrag ein Bruch der Vereinbarungen, da im Ältestenrat ausdrücklich ausgemacht worden war, daß alle Anträge, deren sofortige Behandlung gewünscht wurde, bis 1 Uhr eingereicht sein sollten, tatsächlich es aber schon inzwischen auf 6 Uhr nachmittags ging. Mit keinem Wort hatten die Nationalsozialisten im Ältestenrat das jetzt von Herrn Freisler mit wilder Pathetik vorgebrachte Verlangen erwähnt!

Noch provozierender aber war die Art, wie Freisler seinen Antrag begründete: Er habe eben ein Telegramm erhalten, daß in dem Prozeß gegen die Totschläger

von Hückeswagen der Staatsanwalt Zuchthausstrafen von 7 bis 9 Jahren gegen die Täter beantragt habe. Dieser Antrag des Staatsanwalts sei so ungeheuerlich, daß noch heute dagegen das Parlament Stellung nehmen müsse. Dies trug er inmitten einer Flut von Beschimpfungen der Justiz vor.

Gegen diesen Antrag nahm Genosse Heilmann als Führer der sozialdemokratischen Fraktion das Wort. Obwohl er mit geradezu vorbildlicher Ruhe und Sachlichkeit sprach und jede Schärfe des Ausdrucks unterließ, wurde seine Rede von den Nationalsozialisten systematisch niedergedrückt. Nach jedem Satz mußte Genosse Heilmann minutenlang pausieren. Er führte aus: Die Angeklagten, von denen Freisler redete, hätten den Tod von drei Menschen verursacht, darunter den Tod des Bruders unseres hier anwesenden Fraktionskollegen Fries-Köln. Schon dieser Umstand hätte Herrn Freisler zu etwas mehr Zurückhaltung veranlassen sollen. (Johlendes Gelächter der Nazis.) Ueber die Schuld der Täter würde in den nächsten Stunden das Gericht entscheiden. Was aber die Nationalsozialisten hier vom Landtag verlangten, sei ein ungeheuerlicher Eingriff in die Rechtspflege, in ein schwebendes Verfahren.

Darauf ergriff der Nationalsozialist Kube das Wort zu einer noch viel wüsteren Hergrede. Um deren Geist festzustellen, genügt es, den Satz niederzuschreiben, mit dem dieser „künftige Ministerpräsident“ seine Ausführungen schloß: „Neunzig Prozent aller preussischen Staatsanwälte verdienen, wegen Rechtsbeugung selber auf die Anklagebank gesetzt zu werden.“

Der nächste Redner war der Kommunist Pieck. Beim zweiten oder dritten Satz seiner Rede brach der Tumult los. Pieck erklärte, daß Kommunisten viel härter bestraft würden als Nationalsozialisten. Uebrigens hätten die Nationalsozialisten selber mehrere Arbeitermörder in ihren Reihen. Hierzu riefen die Kommunisten: „Feme-Schulz, Heines!“ Darauf erhoben sich zahlreiche Nationalsozialisten und drängten gegen die Rednertribüne vor, bis unmittelbar zu Pieck hin. Die Kommunisten, die ihren Redner in dieser Situation bedroht glaubten, gingen nun gleichfalls auf die Rednertribüne und stellten sich um Pieck auf. Soweit war ihr Verfahren durch die Situation gerechtfertigt. Oben gab es dann eine erregte Schimpferei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, in deren Verlauf ein Kommunist dem Nationalsozialisten Hinkler einen Schlag versetzte.

Wären die Nationalsozialisten eine disziplinierte und parlamentarische Fraktion, so hätten sie für diesen Uebergriff ohne weiteres parlamentarische Sühne verlangen

können und auch erhalten, zumal ihnen ja soeben das Präsidium zugefallen war. Statt dessen war für sie dieser Vorfall das Signal zur allgemeinen Schlägerei. Die gesamte nationalsozialistische Fraktion von 160 Mann, fast durchweg jüngere und — anscheinend hauptsächlich — nach körperlichen Qualitäten ausgesuchte Männer, setzte sich in Bewegung, stürmte über die Bänke der Mittelparteien hinweg auf die Kommunisten zu und schlug mit allen erreichbaren Gegenständen auf die in hoffnungsloser Minderzahl befindlichen Kommunisten ein. Dabei wurden Pulschubladen und Puldeckel, sogar die schweren, auf der Ministerstraße stehenden Lederkessel, von denen ein halbes Dutzend nachher demoliert im Saale lag, als Waffen verwendet. Leider erhielt bei dieser Gelegenheit auch der gänzlich unbeteiligte sozialdemokratische Fraktionssekretär Genosse Jürgensen Jürgensen, während er sich bemühte, das Material der Fraktion in Sicherheit zu bringen, durch Wurfgeschosse außerordentlich schwere Kopfverletzungen, die seine Ueberführung in das Sanitätszimmer und von dort in das Krankenhaus notwendig machten. Zeitweilig hatte Genosse Jürgensen die Besinnung verloren.

Nachdem es den Nationalsozialisten gelungen war, die Kommunisten aus dem Saal zu prügeln, sammelten sie sich und stimmten unter Führung des Abgeordneten Pohse (bekannt durch den Fall Franken) das Horst-Wessel-Lied an und brachen in Heilrufe aus. Die Mitglieder aller anderen Parteien hatten, von Scham und Ekel über diese schmachvollen Vorkommnisse erfüllt, nach und nach den Saal verlassen. Besonders auf das Zentrum hatten die Vorgänge tiefsten Eindruck gemacht, und vielfach hörte man Zentrumsabgeordnete untereinander die Frage aufwerfen, ob auch nur der Gedanke oder die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens mit dieser barbarischen Horde bestehe.

Die Sozialdemokratie berief sofort eine Fraktionssitzung ein, in der die Vorgänge, wie hier dargestellt, durch völlig übereinstimmende Aussagen der Fraktionsmitglieder festgelegt wurden. Die Sitzung endete mit dem Beschluß, eine Erklärung gegen die Rohheitserzesse zu veröffentlichen.

Eins steht jedenfalls fest: Am Mittwoch hat sich der Faschismus in seiner nackten Gestalt der Brutalität gezeigt, das von Gregor Straßer proklamierte „Faustrecht“ ist von den Nazis dazu ausertoren, das parlamentarische Recht und jede parlamentarische Gestattung zu ersetzen. Weiten Kreisen des preussischen Volkes dürften allgemach die Augen aufgehen, was sie mit dieser Wahl vom 24. April angerichtet haben!

Das Landtagspräsidium.

Nationalsozialist Kerl Landtagspräsident.

Im Landtag wurde gestern das Landtagspräsidium gewählt. Die Sozialdemokraten stimmten bei der Wahl des Präsidenten für den Gnossen Wittmaack. Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten enthielten sich die Nationalsozialisten der Stimme.

Das Präsidium setzt sich folgendermaßen zusammen:

- Präsident: Kerl (Naz.).
- 1. Vizepräsident: Wittmaack (Soz.).
- 2. Vizepräsident: Baumhoff (Z.).
- 3. Vizepräsident: v. Kries (Dnat.).

Das Befinden des Genossen Jürgensen.

Genosse Jürgensen wurde von einem schweren Stuhl am Unterkiefer getroffen, so daß er zusammenbrach. Er mußte in die Klinik

in der Ziegelstraße gebracht werden. Glücklicherweise ist seine Verletzung nicht so schwer, wie es zuerst den Anschein hatte.

Gegen die Rohheitserzesse.

Erklärung der Sozialdemokraten.

Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags trat nach der Ältestenrats-Sitzung zusammen. Nach Schluß der Sitzung wurde folgende Erklärung bekanntgegeben:

„Die sozialdemokratische Landtagsfraktion verurteilt aufs schärfste die brutalen Rohheitserzesse, deren Schauplatz heute der Preussische Landtag gewesen ist und deren Opfer auch unser völlig unbeteiligter Fraktionssekretär

Jürgenfen geworden ist. Die Schuld an den blutigen Zusammenstößen tragen in gleichem Maße die Nationalsozialisten wie die Kommunisten. Die Nationalsozialisten durch planmäßige Provokationen und Bedrohung des kommunistischen Redners, die Kommunisten durch Führung des ersten Schlags. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion protestiert aufs schärfste gegen die Raufhaldmanieren der extremen Partzien und fordert unbedingte Sicherstellung der Freiheit und Gewaltlosigkeit der Verhandlungen der Volksvertretung."

Ältestenausschuß ohne Ergebnis.

Kommunisten und Nazis nichts an einer Klärung gelegen.

Etwas 20 Minuten nach der Saalschlacht trat der Ältestenrat zusammen, der von dem Präsidenten Kerel mit der Bemerkung eröffnet wurde: „Wie mir mitgeteilt worden ist, ist es im Sitzungssaal zu einer Schlägerei gekommen. Wer wünscht dazu das Wort?“

Darauf wurde von kommunistischer Seite erklärt, was sie über den Zusammenstoß zu sagen hätten, würden sie in der Öffentlichkeit sagen. Ihnen sei der Überfall der Nationalsozialisten keineswegs überraschend gekommen. Die Nationalsozialisten erklärten, sie seien nicht gemitt, ein Mitglied ihrer Reichsparteileitung Nennemörder schimpfen zu lassen. Sie hätten nicht die Absicht, Polizei in den Landtag zu rufen, sondern mühten es den Kommunisten überlassen, dahingehende Wünsche zu äußern.

Vizepräsident Baumhoff, der während des Zusammenstoßes amtierte, erklärte, daß während der Rede Bied's eine große Anzahl Nationalsozialisten sich von rechts her auf die Treppe zur Rednertribüne gedrängt hätten. Darauf seien Kommunisten ihrem anscheinend bedrohten Redner zu Hilfe geeilt. Er habe dann nur noch gesehen, wie ein Kommunist, den er von hinten nicht persönlich erkennen konnte, dem Abgeordneten Hintler auf den Mund geschlagen hätte. Da bei der großen Zahl der am Zusammenstoß beteiligten Abgeordneten jeder Versuch seines Eingreifens aussichtslos gewesen wäre, habe er nur die Sitzung aufheben können.

Abgeordneter Heilmann (Soz.) erklärte, daß mit der augenscheinlichen Zufriedenheit der beteiligten Nationalsozialisten und Kommunisten

für die sozialdemokratische Fraktion die Angelegenheit nicht erledigt sei.

Die Nationalsozialisten hätten durch den vorher im Ältestenrat nicht angekündigten Antrag Freister und dessen Rede planmäßig und absichtlich provoziert. Als er gegen die Beratung des Antrages protestiert hätte, habe er bereits das Gefühl gehabt, daß Zusammenstöße unmittelbar bevorstünden. Während der Rede des Abgeordneten Bied seien die Nationalsozialisten in drohender Haltung und mit den entsetzenden Zurufen auf den Redner losgestürzt. Es sei begreiflich, daß die Kommunisten ihren Redner hätten schützen wollen. Auf der anderen Seite hätte ein Kommunist den ersten Schlag geführt, auf den hin die Nationalsozialisten mit aller Macht über die ganze kommunistische Fraktion hergefallen seien.

Dabei sei auch der sozialdemokratische Fraktionssekretär Jürgenfen schwer verletzt worden, der völlig unbeteiligt und ruhig auf seinem Platz in der ersten Reihe saß.

Die sozialdemokratische Fraktion verlange, daß das Präsidium des Hauses unbedingte Sicherheit gegen die Wiederkehr derartiger Gewalttätigkeiten schaffe.

Dieser Erklärung schloß sich der Abgeordnete Steger (Ztr.) nach inhaltlich an.

Der Koheitssezzeh im Plenum könne unmöglich ohne schwerwiegende Konsequenzen für die Politik des preußischen Zentrums bleiben.

Abg. Kube erwiderte, die Nationalsozialisten verüben sich jede Schulfmeistererei. Sie seien bereit, nötigenfalls den Landtag aufzulösen und neu zu wählen. Die Verlesung des Abgeordneten Jürgenfen bedauerte er, aber die Sozialdemokraten hätten schon geraume Zeit vor dem Zusammenstoß ihr besonders hochgeschätztes Mitglied Oberleutnant Schulz durch den Zuruf „Nennemörder“ beleidigt.

An die Ausführungen Kubes schlossen sich dann noch längere Auseinandersetzungen über Zusammenstöße und angebliche Zusammenstöße in früheren Landtagen. Zum Schluß erklärte Abg. Kube, daß seine Partei durchaus keine Gewalttätigkeiten wünsche und daß er strengste Fraktionsdisziplin durchzuführen bereit wäre.

Zu einer Beschlussfassung kam es nicht.

Nur der Antrag des Kommunisten, heute weiter zu tagen oder am Freitag wieder zusammenzutreten, wurde abgelehnt. Am Tage der nächsten Landtagsitzung, am 1. Juni, soll um 11 Uhr der Ältestenrat erneut zusammentreten. Die Vollsitzung soll erst um 2 Uhr beginnen, damit die Fraktionen noch Gelegenheit haben, zu dem Ergebnis der Ältestenratsitzung Stellung zu nehmen.

Das Gesetz über die weiblichen Beamten

Kein Einspruch des Reichsrats. — Das Gesetz tritt in Kraft.

Der Reichsrat beriet am Mittwoch das kürzlich vom Reichstag angenommene Gesetz über die Rechtsstellung der weiblichen Beamten. Das Gesetz gibt im Falle der Verheiratung jedem weiblichen Beamten, aber auch der Dienstbehörde, das Recht zu unbefristeter Kündigung des Dienstverhältnisses. Für die Behörde ist das Kündigungsrecht die Voraussetzung geknüpft, daß die Versorgung des auscheidenden weiblichen Beamten gesichert ist. Die Auscheidenden erhalten eine Abfindung, deren Höhe sich nach der Dienstzeit richtet.

Bei der Beratung des Gesetzes in den Reichsratsausschüssen waren von verschiedenen Seiten schwere Bedenken gegen einzelne Vorschriften, insbesondere gegen die Höhe der Abfindungsummen und dagegen erhoben worden, daß auch bei freiwilligen Ausscheiden sogar an nur kündbar angestellte Beamtinnen Abfindungen gewährt werden sollen. Es wurde betont, daß die beträchtlichen Aufwendungen, die das Gesetz dem Reich verursahe, bei der gegenwärtigen Notlage des Reichs besonders bedauernd empfunden werden müßten. Trotzdem wurde Einspruch nicht erhoben.

Auch der Reichsrat selbst nahm in seiner Vollsitzung die Annahme des Gesetzes durch den Reichstag zur Kenntnis, ohne Einspruch einzulegen. Das Gesetz kann also nunmehr in Kraft treten.

Einberufung des Ältestenrates des Reichstages. Der Ältestenrat des Reichstages ist jetzt für Dienstag, den 31. Mai, 17 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht die Frage der Einberufung des Reichstages.

Der schwarze Tag des Landtags.

Nach der Präsidentenwahl die Schlägerei.

Die zweite Sitzung des neuen Preussischen Landtags wird vom Alterspräsidenten Digmann wiederum bei vollbesetztem Hause und hartem Andrang aus den Tribünen um 2.15 Uhr eröffnet. Abg. Kalper (Komm.) begründet einen weiteren kommunistischen Antrag, in dem das Staatsministerium aufgefordert wird, die Reichsregierung zu ersuchen, ihre Delegation auf der Genfer Abrüstungskonferenz anzuweisen, den Abrüstungsvorschlägen der Somjerdelegation zuzustimmen, ferner den Austritt Deutschlands aus dem Räderbund zu vollziehen und schließlich alle Demonstrationsverbote aufzuheben.

Die Begründung des Antragstellers wird vielfach von großer Heiterkeit im Hause unterbrochen. Die Nationalsozialisten rufen ihm u. a. zu: Gehen Sie doch als Freiwilliger nach Moskau. Der kommunistische Redner beantwortet weitere nationalsozialistische Zurufe mit dem Ausruf: „Haltet das Maul!“

Auf sozialdemokratischen Antrag hin wird der kommunistische Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung vom 1. Juni gesetzt. Unter großer Heiterkeit stimmen auch die Kommunisten dafür. Das Haus wendet sich dann der

Wahl des Präsidenten

zu. Die Wahl wird durch Stimmszettel bei alphabetischem Aufruf der Abgeordneten vorgenommen. Da jeder einzelne Abgeordnete noch dem Zufuhr seines Namens an die Wahlurne treten muß, nimmt das Wahrfahren längere Zeit in Anspruch.

Das Ergebnis der Wahl ist folgendes: Es sind 416 Stimmszettel abgegeben worden, der Landtag ist also beschlußfähig. Unbeschrieben sind sechs Stimmen, ungültig ist ein Stimmszettel. Von den übrigen gültigen 409 Stimmszetteln beträgt die Mehrheit 205. Es haben erhalten: der Abg. Kerel 262 Stimmen (stürmische Bravo-Rufe und Händeklatschen bei den Soz.), der Abg. Wittmann (Soz.) 92 Stimmen und der Abg. Kalper (Komm.) 55 Stimmen. Es ist also der Abg. Kerel (Soz.) zum Präsidenten gewählt.

Präsident Kerel dankt zunächst dem Alterspräsidenten für die Mühe, während der er sich trotz seines hohen Alters unterzogen habe. Ich übernehme, so fährt er fort, das Amt des Präsidenten, zu dem Sie mich mit absoluter Mehrheit gewählt haben, nachdem zuvor das preussische Volk in einer einzigartigen Erhebung durch seine Willensäußerung bei der Wahl die bisherige Sechs-Männer-Gruppe zur stärksten Fraktion des Hauses gemacht hat (Unruhe links und lärmende Rufe b. d. Komm.), nicht nur dieses Hauses, sondern überhaupt des Preussischen Landtages, seit seinem Bestehen. (Beifall b. d. Soz.) Ich werde mein Amt den Bestimmungen der Geschäftsordnung entsprechend (Oho-Rufe b. d. Komm.) und wie sich das bei einem Nationalsozialisten von selbst gehört, unparteiisch wahrnehmen. (Gelächter links. — Lärm b. d. Komm.) Sie (j. d. Komm.) haben ja genug Gelegenheit genommen, uns von der Güte Ihrer Stimmen zu überzeugen. Es ist allerdings auch nötig, zu zeigen, daß zu diesem Stimmenmaterial auch der notwendige Bestand da ist. (Lebh. Beifall rechts. — Lärm b. d. Komm. und Zurufe: „Friede!“) — Zwei Kommunisten werden zur Ordnung gerufen.) Jüngsten Sie mich nicht, so fährt der Präsident, zu den Kommunisten gewendet, fort, zu schärferen Maßnahmen zu greifen. (Erneuter Lärm b. d. Komm.)

Das Haus wendet sich dann der Wahl des ersten Vizepräsidenten zu.

Präsident Kerel teilt folgendes Abstimmungsergebnis mit: es sind 233 Stimmszettel abgegeben, der Landtag ist also beschlußfähig. Unbeschrieben sind 31 Stimmszettel, ungültig 1. Von den übrigen 201 Stimmszetteln beträgt die Mehrheit 111. Es haben erhalten: der Abg. Wittmann (Soz.) 167, der Abg. Kalper (Komm.) 54 Stimmen.

Es ist also der Abg. Wittmann (Soz.) zum ersten Vizepräsidenten gewählt.

Es folgt die Wahl des zweiten Vizepräsidenten.

Präsident Kerel: Das Ergebnis ist folgendes: Es sind 410 Stimmszettel abgegeben worden, das Haus ist also beschlußfähig. Unbeschrieben sind drei, ungültig ist kein Stimmszettel. Von den übrigen 407 Stimmszetteln beträgt die Mehrheit 204. Es haben erhalten der Abg. Baumhoff (Z.) 354, der Abg. Kalper 53 Stimmen.

Der Abg. Baumhoff ist also zum zweiten Vizepräsidenten gewählt worden.

Das Haus nimmt jetzt die Wahl des dritten Vizepräsidenten vor.

Vizepräsident Baumhoff teilt als Ergebnis mit, daß 308 Stimmszettel abgegeben worden sind, von denen einer ungültig war. Der Abg. Dr. von Kries (Dnat.) hat 254, der Abg. Kalper (Komm.) 50 Stimmen, der Abg. Bied (Komm.) 1 Stimme erhalten.

Gewählt ist also der Abg. Dr. von Kries (Dnat.)

Das Präsidium wird ergänzt durch die Wahl von zwölf Beisitzern, die sich zusammensetzen aus fünf Nationalsozialisten, drei Sozialdemokraten, zwei Zentrumsmitgliedern, einem Kommunisten und einem Deutschnationalen.

Inzwischen eingegangene Anträge verschiedener Fraktionen werden den Ausschüssen überwiesen, nachdem vorher die Verteilung der Ausschüsse erfolgt war.

Zur Geschäftsordnung erhält darauf der Abg. Dr. Freister (Komm.) das Wort, der die feierliche Einziehung des von den Nationalsozialisten geforderten Untersuchungsausschusses zur Nachprüfung der Rechtspflege in Preußen verlangt. Seiner Fraktion sei neben ein Telegramm zugegangen, wonach der Staatsanwalt gegen die drei im Hofeswagen der Prozesse angeklagten Nationalsozialisten Zuchthausstrafen von sieben bis zehn Jahren beantragt habe, obwohl sich die Angeklagten in direkter Notwehr befunden hätten. (Ungehört! und Plul-Rufe bei den Soz.) Wie in diesem Falle, so habe sich in Preußen die Staatsanwaltschaft seit Jahren einseitig gegen die Nationalsozialisten eingestellt gezeigt, was die Vermutung nahelege, daß diese Haltung letzten Endes auf eine Anordnung des Ministeriums zurückgehe. (Widerpruch im Zentrum.)

Der Untersuchungsausschuß soll klären, was in den letzten dreizehn Jahren in Preußen an Rechtsbeugung vorgekommen sei.

Ich erinnere, so fährt der Redner fort, an das bekannte Buch von Jarnow. (Lachen im Zentrum und bei den Soz.) Unser Vertrauen wird (zur Linken) durch Ihre Reden nur noch verstärkt.

Es sei ja von den Staatsanwälten nichts anderes zu erwarten, wenn der Polizeipräsident von Berlin schon von der Hundepetische spreche, mit der man Hitler heraus schlagen müsse. (Große Erregung und stürmische Psiu-Rufe b. d. Soz.); die Ruffog. erheben sich von den Plätzen und rufen zu den Soz.:

Wo ist der Hundepetischen-Präsident!

Es droht zu Tätlichkeiten zu kommen, da auch die Sozialdemokraten erregte Zurufe machen.

Vizepräsident Baumhoff gelingt es jedoch, die Ruhe zunächst einigermaßen wiederherzustellen.)

Der Antrag Dr. Freister (Komm.), die Einziehung des Untersuchungsausschusses über die Rechtspflege noch heute zu beschließen und die drei Nationalsozialisten in Elberfeld vor dem Zuchthaus zu bewahren, kann nicht sofort behandelt werden, weil von sozialdemokratischer Seite widersprochen wird, was erneute Lärm- und Plul-Rufen bei den Soz. auslöst.

Abg. Heilmann (Soz.)

erklärt, die Nationalsozialisten hätten ihre Absicht, parlamentarisch zu verhandeln, schon nach kurzer Zeit wieder aufgegeben. (Rufe rechts: Das geht Sie gar nichts an!) Wenn eine Partei vergesse, im Ältestenrat rechtzeitig ihre Anregungen vorzubringen, könne man die Parteien damit nachher im Plenum nicht überfallen. Im übrigen bedürfe es keiner Aufregung, da der Untersuchungsausschuß nach der Verfassung eingesetzt werden müsse. Bei dem Jarnow-Buch handle es sich um olle Kamellen, auf die kein denkender Mensch noch irgendwelchen Wert lege.

Allerschärfster Protest müsse aber gegen den Versuch des Abg. Freister erhoben werden, in einen schwebenden Prozeß einzugreifen. (Lärmende Rufe rechts.) Die Männer, von denen er hier gesprochen habe, und für die er den Strafantrag des Staatsanwalts mitgeteilt habe, hätten drei Menschen getötet. (Hört! Hört! bei den Soz. und großer Lärm bei den Soz.)

Einer der Getöteten sei der Bruder des sozialdemokratischen Abgeordneten Fries-Köln. Einfachste menschliche Rücksicht hätte den Abg. Freister befehlen müssen, diesen Fall hier vorzutragen. Das Gericht würde zu entscheiden haben, ob die Angeklagten in Notwehr gehandelt haben oder ob sie schuldig des Mordes sind. Wir vermehren uns dagegen, daß in dieser Weise verfahren wird, in den Gang der Rechtspflege einzugreifen.

Abg. Kube (Soz.): Wir vermehren uns aufs schärfste gegen den Versuch des Abg. Heilmann, uns eine Einmischung in schwebende Verfahren vorzuwerfen. Abg. Freister hat die unerhörten Anträge des Staatsanwalts benutzt, um die Begründung dafür zu geben, daß endlich einmal die Rechtspflege in Preußen nachgeprüft wird.

(Rufe links: Schulz und Seine's. — Erregte Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. — Vizepräsident Baumhoff bittet, ihn nicht zu schärferen Maßnahmen zu zwingen.)

Die Sozialdemokraten sind es, die heranzogende Mitalieber des Hauses als Mörder beschimpfen. (Psiu-Rufe rechts.) Braun und Sennering wären längst nicht mehr, wenn wir nicht Männer wie Schulz gehabt hätten. (Beifall bei den Nationalsozialisten.) Wir lassen uns jedenfalls diese Rechtspflege nicht weiter bieten und werden beweisen, daß mit dieser Justiz in Preußen Schluß gemacht werden muß. Die preussische Staatsanwaltschaft ist zu 90 Proz. wert, in den Anklagezustand wegen Rechtsbeugung gestellt zu werden. (Stürmischer Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Abg. Bied (Komm.) erklärt, die nationalsozialistische Aufregung sei unbegründet, da mehr als 50 Proz. der Richter Nationalsozialisten seien. Das sehe man, wenn man die Urteile gegen Kommunisten und Sozialisten vergleiche. Durch die nationalsozialistische Partei, so erklärt der Redner, ist der Massenmord gegen revolutionäre Arbeiter eingeführt worden. In Ihren Reihen (nach rechts) sieht eine ungeheure Zahl von Mördern. . .

Die Saalschlacht.

Bei diesen Worten entfährt bei den Nationalsozialisten eine ungeheure Erregung. Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen und stürmen mit erregten Gebärden auf die Rednertribüne zu. Die Kommunisten tun das gleiche und stellen sich schüßend hinter ihren Abg. Bied. Zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten entziehen stürmische Auseinandersetzungen. Vizepräsident Baumhoff versucht vergeblich, der Situation Herr zu werden.

Im Verlauf des Streites schlug plötzlich ein kommunistischer Abgeordneter den nationalsozialistischen Abg. Hintler ins Gesicht. Das war für die Nationalsozialisten das Signal zum Gegenangriff.

Es entstand eine ungeheure Schlägerei, wie sie sich in diesem Ausmaß in einem deutschen Parlament noch nie ereignet haben dürfte. Vizepräsident Baumhoff verließ seinen Platz und hob damit die Sitzung auf.

Inzwischen war die Schlägerei in vollem Gange, man schlug nicht nur mit Häuten aufeinander ein, sondern warf auch mit Tintenfassern, Lampenschirmen, Pulkkästen und zum Schluß sogar mit den schweren Lederseifen. Die gesamte nationalsozialistische Fraktion stürmte, mit Mäxeln und anderen Kurzgegenständen bewaffnet, auf die Kommunisten los, die in wenigen Minuten vollkommen aus dem Saal gedrängt waren.

Zahlreiche Abgeordnete erlitten blutende Wunden und wurden von ihren Parteifreunden bewußlos aus dem Saal getragen.

In dem allgemeinen Durcheinander erhielten auch schon am Boden liegende blutende Abgeordnete von den kämpfenden noch Fußtritte, nachdem der Saal von den

Kommunisten vollkommen geräumt war, blieb fast nur noch die vollständig verammelte nationalsozialistische Fraktion zurück, die darauf die Hand zum Falchgriff erhob, das Horst-Wessel-Lied sang, in das die Mehrzahl der Tribünenbesucher einstimmte. Der Plenarsitzungssaal bot nach der Schlägerei ein Bild grausamer Verwüstung.

Schwere Lederseifen, Tischstößen, zerbrochene Lampen und ein müßes Lohwobohu von Papier, Abstimmungskarten, und was sonst sich in den herausgerissenen Raffen der Arbeitstische der Abgeordneten vorgefunden hatte, lag besonders in dem kommunistischen Sektor herum auf dem Boden. Man konnte von dem Eingang der Kommunisten auf der linken Seite des Hauses her kaum den Sitzungssaal betreten und mußte erst mühsam über die Reste des Mobiliars hinwegklettern.

In den Wandelgängen herrschte eine außerordentlich starke Erregung, die auch das Publikum ergriff, das sich auf den Wandelgängen des Tribünenhofes versammelt, wo es beinahe zu einer Fortsetzung der Schlägerei gekommen wäre, wenn nicht Beamte des Hauses eingegriffen hätten. Unten im Saalgeschoß, wo die Abgeordneten beieinander standen und aufgeregter debattierten, bemühten sich die Fraktionsführer, ihre Fraktionsgenossen zu einer sofort stattfindenden Fraktionsitzung zusammenzubringen. Es wurde inzwischen bekannt, daß bei der Turfschlacht vor allem einige kommunistische und sozialdemokratische Abgeordnete nicht unerheblich verletzt worden sind.

Der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Fraktion, Abg. Jürgenfen, mußte beinahe hilflos aus dem Sitzungssaal getragen werden. Die kommunistischen Abg. Krämer-Cherschönemeide, Kunz und Golla sind gleichfalls verletzt.

Hauptächlich gab es Kopfwunden. Einige Minuten nach dem Zusammenstoß erschien der Kommunist Krömer-Oberhöfner mit hoch verbundenem Kopf wieder im Sitzungssaal. Das Blut der frischen Kopfwunde lief durch den Roterband hindurch über sein Gesicht. Er räumte seinen Arbeitsplatz und rief dabei den Nationalsozialisten, von denen einige sich noch im rechten Saaleingang aufhielten, zu: „Zwanzig für einen, ihr Hunde! Das sollt ihr noch bezahlen!“

Die Beamten des Hauses mühten bei Besichtigung des Kampfes festzustellen, daß dem Landtag ein sehr erheblicher Sachschaden entstanden ist. Zum Teil sind auch die Tische der festgeschraubten Sitzplätze der Abgeordneten heruntergerissen worden, so daß die Rohboarunterung herabhängt.

Eine halbe Stunde nach den blutigen Schlägereien wurde der Kellertenrat einberufen, an dessen Beratungen auch der Berliner Polizeipräsident Grzesinski teilnahm. Vor dem Zimmer des Kellertenrats hatten sich zahlreiche nationalsozialistische Abgeordnete versammelt, die erregt über die Anwesenheit eines Zivilisten waren, in dem sie einen Kriminalbeamten erkannt haben wollten. Ein Mitglied der nationalsozialistischen Fraktion forderte diesen Zivilisten auf, sich sofort aus dem Landtagsgebäude zu entfernen, weil Polizeibeamte in diesem Hause nicht antworten dürften, ohne daß der Präsident sie dazu aufgefordert habe. Darauf nahmen mehrere nationalsozialistische Abgeordnete den Mann in ihre Mitte und beförderten ihn vom Beratungszimmer des Kellertenrats hinweg. Die Mehrzahl der nationalsozialistischen Abgeordneten entfernte sich vom Kellertenratzimmer auf Ersuchen eines Führers der Fraktion.

Im Krankenzimmer des Landtags leistete den Verwundeten der Zentrumsabgeordnete Dr. med. Wester die erste ärztliche Hilfe. Er arbeitete, angetan mit dem weißen Kittel, angestrengt, bis das Sanitätsauto die schwerer Verletzten abholte.

Schlägerei im Danziger Volkstag.

Danzig, 25. Mai.

In der heutigen Sitzung des Volkstags kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen dem nationalsozialistischen Abgeordneten Greiser und dem Sozialdemokraten Plekner. Anlaß zu dem Zwischenfall gaben beleidigende Zitate Plekners, die Greiser veranlaßten, gegen diesen vorzugehen. Plekner, der anscheinend Täuschungen befürchtete, verteidigte dem Nationalsozialisten einen Faustschlag, so daß dieser gegen die Abgeordnetenpulte laumelte. Anderen Abgeordneten und den Volkstagsbeamten gelang es, die Streitenden zu trennen. Die Tribünen mußten geräumt werden.

Die auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehenden Strafanträge gegen den verantwortlichen Redakteur der „Volkstimme“ und Abgeordneten Weber kamen nicht zur Verhandlung, da sich das Haus vorzeitig auf unbestimmte Zeit vertagte.

Nationalsozialistische Lügen.

Trecher Schwindel gegen die Sozialdemokratie.

Die nationalsozialistische Fraktion des Landtags veröffentlicht eine Erklärung zu der Saalklacht im Landtag. Diese Erklärung trägt von schamlos verlogenen Anwürfen gegen die sozialdemokratische Landtagsfraktion und ihren Vorsitzenden Heilmann. Die dreifachen Lügen gipfeln in der Behauptung, daß Sozialdemokraten sich an der Schlägerei beteiligt hätten und daß die sozialdemokratische Fraktion an einem organisierten schmerzlichen Landfriedensbruch teilgenommen habe.

In diesen Behauptungen ist kein Wort wahr, sie sind glatt aus den Fingern gezogen!

Deutschnationale an Hindenburg.

Ein Monöber zum Sturze Brüning's.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat sich an den Reichspräsidenten mit einem Schreiben gewendet, in dem sie wegen Nichtberufung des Reichstags gegen Brüning, wegen der geplanten Roterordnungen gegen Brüning Beschwerde erhebt. Sie zeigt sich plötzlich über die Herabsetzung der Lebenshaltung des Volkes sehr besorgt und ist besonders aufgeregt, weil angeblich Pläne bestehen, die eine große Zahl ostdeutscher Besitzer ohne Rechtschutz der Enteignung ausliefern würden. „An aller Ehrfurcht“, bemerkt sie, „daß solche Pläne in die Tat umgesetzt, in den breiten Volksmassen die schon vorhandene Verzweiflung in einem Maße steigern müssen, das sich unter Umständen in Formen Luft macht, die kein vaterlandsliebender Deutscher bei der jetzigen gespannten Lage wünschen kann.“

Dann heißt es weiter:

An Sie, hochzuverehrender Herr Reichspräsident, richten wir die eindringliche Bitte, bei dieser Lage der Dinge der Regierung die Verantwortung für derartige Maßnahmen nicht durch Unterzeichnung von Roterordnungen abzunehmen, sondern die Reichsregierung auf den Weg der Beschlußfassung durch die gesetzgebenden Instanzen zu verweisen. Wir erlauben uns, in diesem Zusammenhang auf den Art. 24 der Reichsverfassung Bezug zu nehmen, der dem Reichspräsidenten die Befugnis gibt, von sich aus die Einberufung des Reichstages herbeizuführen.

Der Brief, in kriegsähnlichen Wendungen abgefaßt, ist im Grunde genommen für den Reichspräsidenten beleidigend. Die Briefschreiber nehmen an, er werde nicht merken, daß ihre plötzliche Abneigung gegen diktatorische Maßnahmen und ihr Wunsch, einem arbeitsunfähigen Parlament die schwierigsten Arbeiten zuzuwenden, einzig und allein der Absicht entspringt, ihn gegen seinen Reichstanzler aufzuheben.

Es wird in der Presse vielfach behauptet, daß solche Aufhebungsvorläufe schon seit längerer Zeit im Gange seien und auf den Reichspräsidenten einen gewissen Eindruck gemacht hätten. Sein Eingehen auf die Wünsche der deutschnationalen Fraktion hätte selbstverständlich den Rücktritt Brüning's zur Folge.

Straßenrawalle in Hamburg.

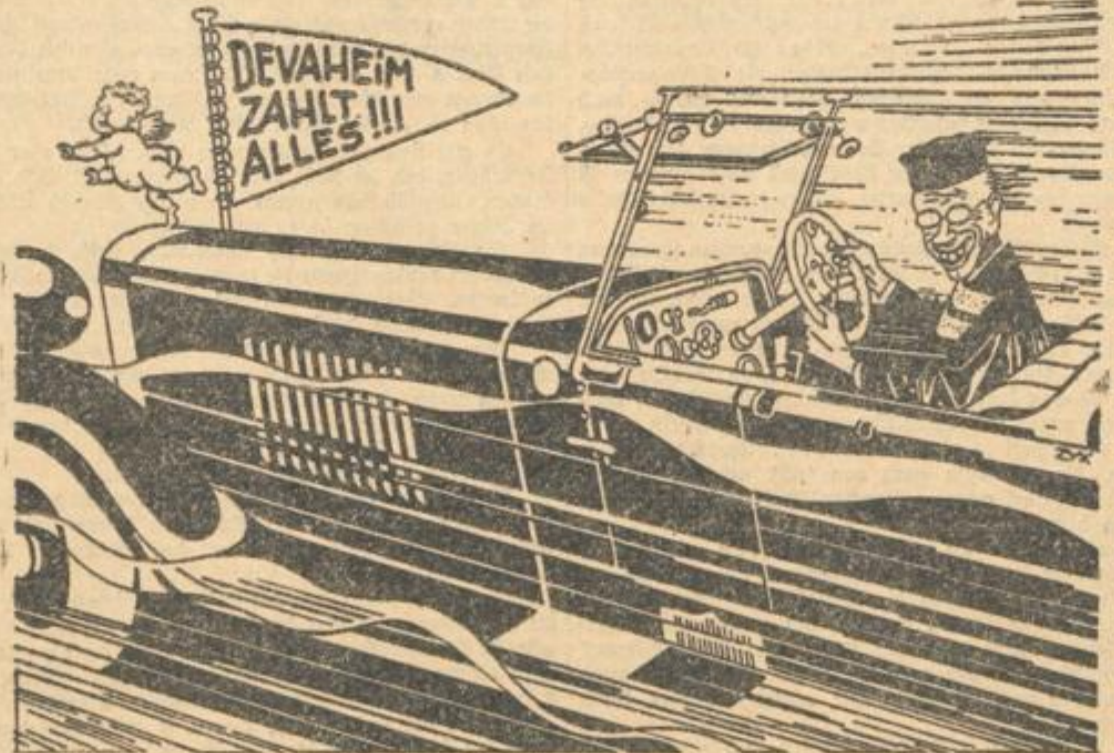
Sturm auf den Alsterpavillon.

Hamburg, 25. Mai.

Am Mittwochabend kam es auf dem Jungfernstieg zu schweren Ausschreitungen erwerbsloser und kommunistischer Elemente. Ein Zug von mehreren tausend Personen, darunter auffallend viele Frauen, zog durch die Straße. Vor dem Alster-Pavillon ergriffen die Demonstranten Stühle und Tische und schleuderten sie gegen die großen Spiegelscheiben des gut beleuchteten Lokals. Die Polizei räumte die Straße mit dem Gummihüpfel, nahm etwa 20 Verhaftungen vor und untersuchte auch eine Reihe von verdächtigen Personen nach Waffen.

Pastor Cremers Autospesen.

Der Devaheim-Pastor Cremer liquidierte pro Jahr 15 000 Mark Autospesen und verbrauchte in kurzer Zeit 6 Autos.



„Warum soll ich nicht Auto fahren, Ihr Lieben. Stehet doch geschrieben, daß schon der Prophet Elia in einem feurigen Wagen gen Himmel gefahren sei!“

Der Umfang der Steuerflucht.

Ueber 2 Milliarden hinterzogene Vermögenswerte angegeben.

Der Steuerausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch mit Anträgen zur Kapital- und Steuerflucht.

Auf schriftlich formulierte Anträge des Abgeordneten Dr. Herz (Soz.) teilte Ministerialdirektor Dr. Jarde mit, daß der Steuerbehörde durch die Steueramnestie 2093 Millionen Mark bisher hinterzogene Vermögenswerte angegeben worden seien. Außerdem sind nicht unerhebliche Beträge ohne direkte Angaben deklariert worden.

Von dem Betrage von 2093 Millionen entfallen 898 Millionen auf ausländische Beteiligungen, die sich auf 873 natürliche und 614 juristische Personen verteilen. 170 Familienmitglieder haben 48 Millionen Vermögenswerte angegeben.

An Einkommen sind für das Jahr 1930 132 Millionen nachträglich angemeldet worden. Die Reichsbahn-Anleihe, die mit einer Amnestie verbunden war, ist bis zum 23. Mai mit 248 Millionen Mark gezeichnet worden. Es läßt sich nicht genau feststellen, wieviel von diesem Betrag wegen der Vergünstigung der Steueramnestie gezeichnet worden ist. Da aber der Zeichnungsbetrag noch dem 26. Oktober 1931, dem Tage, an dem die Amnestie abgelaufen war, sehr gering ist, ist anzunehmen, daß der größte Teil des gezeichneten Betrages unter die Amnestie fällt.

Erschöpfendes Material über die Reichsfluchtsteuer liegt noch nicht vor. In Berlin sind 126 Fälle zu verzeichnen, für die die Bestimmungen der Reichsfluchtsteuer Geltung erlangt haben. In 51 Fällen ist die Reichsfluchtsteuer festgelegt worden, in 47 Fällen sind die Kapitalfluchtlinge zurückgekehrt. Die Zahl der

Kapitalsteuerfluchtlinge ist aber erheblich größer gewesen. Im ganzen Reich sind bisher zehn Steuerfahndbriefe erlassen worden.

Die Kapitalflucht ist, wie Ministerialdirektor Jarde feststellt, geringer geworden, man könne annehmen, daß durch die Wirtschaftsschwierigkeiten geflüchtetes Kapital in nicht geringem Umfange inzwischen der inländischen Verwendung wieder zugeführt worden sei.

Der Ausschuß beschäftigte sich nach dem Bericht des Ministerialdirektors Jarde mit einem Antrag auf Verbot von Kapitalsteuern.

Abg. Dr. Herz (Soz.) erklärte, die Sozialdemokratie halte nach wie vor Kapitalsteuern für unvereinbar mit einem gerechten und sozialen Steuerwesen. Die Bürgersteuer habe durch die hohen Zuschläge ihren früheren Charakter verloren, ihre Erhebung belaste die Bevölkerung mit unerträglichen Härten. Eine Verringerung dieses Zustandes sei unbedingt erforderlich. Unter dem Eindruck dieser Kritik wurde vom Ausschuß der Wunsch geäußert, die Debatte in Anwesenheit des Reichsfinanzministers Dietrich fortzusetzen. Auch die Abg. Dr. Hertz (Dnat.), Keimath (Dsp.), Dr. Fischer (Staatp.) und Rupp (Soz.) erklärten, daß sie sich mit der Bürgersteuer in ihrer gegenwärtigen Wirkung in keiner Weise befreunden könnten. Die bisherigen Anhänger der Bürgersteuer seien ihre Gegner geworden, weil die Regierung den Charakter der Bürgersteuer durch Staffelung und Erhöhungen grundlegend verändert habe.

Die weitere Debatte über die Kapitalsteuern soll am Dienstag in Anwesenheit des Reichsfinanzministers Dietrich fortgeführt werden, der dem Ausschuß mitteilen ließ, daß bis dahin das Kabinett entscheidende Beschlüsse über die Weitererhebung der Bürgersteuer nicht fassen werde.

Nationalsozialist als Bombenfabrikant.

Zurückbares Explosionsunglück. — Bei Experimenten schwer verletzt.

Zwickau, 25. Mai. (Eigenbericht.)

In Werdau bei Zwickau ereignete sich am Dienstag eine gewaltige Detonation, die auf die Explosion einer provisorisch hergestellten Sprengbombe zurückzuführen ist. Der Hersteller der Bombe ist der Nationalsozialist und ehemalige SA-Mann Trenkmann.

Die Werdauer Polizei berichtet über das Explosionsunglück wie folgt:

Am Dienstag, kurz vor 14 Uhr, ereignete sich in Werdau in einer Wohnung des unteren Stadtteiles ein schweres Explosionsunglück, wobei der 23 Jahre alte Arbeiter E. schwer verletzt wurde. Den ersten Augenzeugen des Unglücks bot sich bei Betreten der mit Pulverrauch angefüllten Wohnstube ein trauriges Bild. Der bis zur Untemöglichkeit von Brandwunden und über und über mit Blut bedeckte Schwerverletzte stand bei vollem Bewußtsein vor dem Sofa, wobei er mit der linken Hand den rechten Arm, von dem die Hand vollständig abgerissen war, umfaßte. In seiner Verzweiflung rief er seinen Helfern und Ärzten wiederholt zu, doch seinem Leben ein Ende zu machen. Besonders schwere Verletzungen hatte der Verunglückte im Gesicht erlitten. Er wurde sofort in das Stadtkrankenhaus übergeführt.

Durch die Sprengwirkung wurden die Fenster vollständig zertrümmert; ferner Wände, Diele, Tür, Sofa, Bilder usw. durch die zur Detonation gebrachten Sprengstoffe stark zerlöchert bzw. beschädigt. Die bisherigen polizeilichen Ermittlungen über die Ursache des Unglücks haben folgendes ergeben:

Der Verletzte befand sich kurz vor und während der Explosion ganz allein in der Wohnstube, während sich um diese Zeit in der nebenan gelegenen Küche nur seine Stiefmutter aufhielt. Die Mitwirkung einer anderen Person an dem verhängnisvollen Ereignis kommt von vornherein nicht in Frage.

Nach den am Tatort festgestellten Beweismitteln hatte der Verunglückte eine Blechbüchse mit Pulver und einer größeren

Anzahl scharfer Pistolenpatronen, Kaliber 7,65 Millimeter, gefüllt und auf diese Weise eine provisorische Sprengbombe hergestellt.

Der Verletzte verweigerte sogar seinen Freunden gegenüber jede Auskunft über die Ursache des Unglücks. Ebenso haben auch die Ermittlungen über die Herkunft der verwendeten Sprengstoffe noch zu keinem Ergebnis geführt.

Bei der vorgenommenen Operation des Verletzten machte sich u. a. die Amputation des rechten Oberarms sowie die Entfernung des rechten Auges notwendig.

Soweit der Polizeibericht. Dieser überaus bedauerliche Unglücksfall läßt mit aller Sicherheit darauf schließen, daß in den Reihen der Nationalsozialisten verheißene und bürgerkriegswütige junge Menschen sich weitgehend mit der Anfertigung derartiger Mordwerkzeuge beschäftigen. Es wäre interessant, festzustellen, wo die Cuellen zu suchen sind, aus denen das Sprengmaterial an die Nationalsozialisten geliefert wird. Von der Staatsanwaltschaft verlangt die Öffentlichkeit — und das liegt nicht zuletzt im Interesse der Staatssicherheit — eine eingehende Untersuchung dieser Angelegenheit!

Militär regiert Japan.

Das Kabinett Admiral Saito.

Tokio, 25. Mai. (Kaufer.)

Admiral Saito hat die nationale Regierung nunmehr gebildet. Er übernimmt außer der Ministerpräsidentschaft auch das Außenministerium. Innenminister ist Yamamoto, Kriegsminister General Senjuro Hogaishi, Marineminister Admiral Keifuku Otsuda.

Fahrtbericht vom Flugschiff.

Rund 8200 Kilometer Flugstrecke bewältigt.

Das Ozeanflugboot Do X, das seit Dienstag abend auf dem Müggelsee verankert liegt, hat den Flug von New York über Neufundland—Azoren in die Heimat störungsfrei und programmäßig durchgeführt. Damit ist zum erstenmal ein neuer Flugzeugtyp in so systematischer und umfangreicher Weise in den verschiedensten Ländern und Meeren geprüft worden. Vor sechs Jahren ist mit dem Bau des Flugschiffes begonnen worden, und nach verschiedenen Umbauten und Ausgestaltungen in technischer und architektonischer Beziehung hat man jetzt endgültig den Grundstein zu einem Flugzeugtyp gelegt, der in Zukunft den Schnellverkehr zwischen Europa und Amerika, hinweg über die unermesslichen Weiten des Ozeans vermitteln wird.

Außerordentlich interessant ist ein kurzer Gesamtbericht, der über die Flugstrecke und über die Zeiten Aufschluß gibt. Am 22. Mai ist das Dornier-Flugschiff Do X 1, D 1929 nach programmäßig verlaufenem Flug, von Nordamerika über Neufundland—Azoren im Hafen von Vigo, Spanien, gelandet. Der Südatlantikflug des Flugschiffes Do X 1 im Juni 1931 und der letzte Nordatlantikflug sowie die beiden Alpenflüge: Bodenisee—Spilgenpoh—(3200 Meter)—Genoa—Spezia der beiden für Italien bestimmten Flugschiffe Do X 2 und Do X 3 haben die Richtigkeit der Ideen Dr. Dorniers bewiesen, und der Bau dieser großen Flugschiffe bedeutet einen wertvollen Beitrag zur Förderung des deutschen Flugwesens und zur Stärkung deutscher Weltgeltung. Seit dem Abflug vom Bodensee hat Do X 1 rund 45 000 Flugkilometer zurückgelegt, davon 32 000 Kilometer reinen Streckenflug, der Rest waren Erprobungs- und Gästeflüge. Das Schiff ist seit November 1930 in keine Halle mehr gekommen, sondern es lag stets ungehört im Freien, allen Witterungseinflüssen ausgesetzt. Der Rückflug erfolgte wieder unter Führung von Kapitän Christianen. Neben Flugkapitän Metz steuerte diesmal an Stelle des Piloten von Clausbruch, der seinen Südamerikafahrtendienst wieder aufnehmen mußte, Flugzeugführer Diele. Die übrige alte Besatzung blieb unverändert: Navigationsoffizier Niemann, Funkoffizier Kiel, Maschineningenieur Eitel und die Bordwarte: Meister Brombeis, Marquardt, Fischer; Monteur; Jäger, Schmid, Dabernig; außerdem der Curtiss-Ingenieur Breimton.

Am 14. Mai wurde das Flugschiff zu Wasser gebracht. Es folgten zwei Gästeflüge mit 112 Personen beim ersten und 78 Personen beim zweiten Fluge an Bord. Da der technische und fliegerische Befund zufriedenstellend war, wurde das Schiff startklar zur letzten Etappe vor dem Atlantikfluge, nach St. Johns

(Neufundland) gemacht. Von New York ging der Kurs am 19. Mai auf die Trinidad Bay bei Dildo. Mit einem Abfluggewicht von 52 000 Kilo und einer Startdauer von nur 53 Sekunden wurde nach 12 1/2-stündigem Fluge glatt gelandet. St. Johns, bzw. Holy Rood, wo der Betriebsstoff lagerte, konnte wegen des starken Nebels nicht angefliegen werden. Am 20. Mai erfolgte die Ueberführung in einem Fluge von 40 Minuten Dauer von Dildo in der Trinidad Bay zur Betriebsstoffübernahme für den großen Atlantikflug.

21. Mai Flug über den Nordatlantik. Start bei Tagesanbruch. Nach 15 Stunden wurde die 2260 Kilometer entfernte Stadt Horta auf den Azoren erreicht. Der Bordbericht über die Atlantiküberquerung lautet:

„Horta, Greenwich Time. Nach 15 Stunden 5 Min. Flugzeit glatt gelandet. Durchweg südliche Gegenwinde mit Nebel und Regenschleifen, mit abwechselnder Gelegenheit zur astronomischen Beobachtung stop. Das beim Start etwa 55 Tons wiegende Schiff machte fliegerisch auf den sehr böigen Neufundlandböen keine Schwierigkeiten. Startzeit 1 Min. 5 Sek. stop. Die Motoren liefen bei ökonomischem Brennstoffverbrauch ausgezeichnet. Stop. Landung erfolgte bei Horta in freiem Atlantik und bei Stockdunkelheit ohne Hilfsmittel und machte keine Schwierigkeiten. Es wurde sofort mit Uebernahme von Brennstoff begonnen, um morgen nach Vigo weiterzufliegen.“

22. Mai. Horta—Vigo. Start 8.20 Uhr, Landung 19.48 Uhr.

23. Mai. Programmäßiger Start um 10.45 Uhr von Vigo nach Southampton bzw. dem Marineflughafen Calshot, wo die Landung um 19.37 Uhr erfolgte; unterwegs starken Gegenwind und schwere Regenböden.

24. Mai. Flug Calshot—Berlin. Start 10.20 Uhr, Landung 18.36 Uhr.

Am 24. Mai startete Do X in Calshot (England) zum endgültigen Fluge nach Berlin, wo es kurz nach 1/7 Uhr abends landete. Die Flugstrecke betrug rund 8200 Kilometer.

Zur Zeit wird von der Führung des Flugbootes im Endernehmen mit den zuständigen Stellen des Reichsverkehrsministeriums beraten, wie man Do X den Schaulustigen am besten aus nächster Nähe zeigen kann. Wahrscheinlich wird der Lustreise in die Nähe des Restaurants „Müggelschlößchen“ geschleppt werden, wo Laufstege, die direkt zum Boot führen, angelegt werden sollen. Es ist jetzt, nach unseren Informationen, als sicher anzunehmen, daß Do X etwa 8 bis 10 Tage für die Befichtigung freigegeben wird.

Kindesmord aus Schwermut.

Eine Schwerverante vor Gericht.

In schwerverlettem Zustande wurde gestern die 21jährige Frau Charlotte M. in den Saal des Schwurgerichts III getragen, wo sie sich unter der Anklage des Totschlags an ihrem acht Monate alten Söhnchen Hermann zu verantworten hatte. Die junge Angeklagte hatte am 24. November v. J. aus Verzweiflung über den traurigen Verlauf ihrer Ehe ihr einziges Kind erwürgt und dann einen Selbstmordversuch unternommen.

Charlotte M. hatte vor zwei Jahren den jüngeren Bruder ihrer Stiefmutter geheiratet und wohnte zuletzt mit ihrem Mann, der als Gärtner und Chauffeur arbeitete, in Berlin-Staaken. Sie erzählte dem Schwurgericht, daß ihr Mann von dem Moment an, wo er wußte, daß er Vater wurde, nicht mehr für sie dagewesen sei. Er sei die Nächte fortgeblieben und sei nach der Arbeit immer in Lokale zum Billardspielen und Biertrinken gegangen. Da sie immer allein gewesen sei, habe sie beschlossen, ihr Leben zu beenden und das Kind mit in den Tod zu nehmen, damit es nicht, wie sie, eine Stiefmutter bekomme. Vorl.: Hatten Sie sich denn schon vor der Tat mit diesem Gedanken getragen? Angekl.: Ich habe ein Jahr lang gegen diesen Gedanken gekämpft. Immer konnte ich ihn fortschieben, aber dann ging es nicht mehr. Am 24. November habe ich mit dem Kinde stundenlang gespielt. Wie ich es gemacht habe, weiß ich nicht. Vorl.: Früher sagten Sie, Sie hätten den Jungen fest an ihre Brust gedrückt und dabei wahrscheinlich erstickt. Angekl.: Das stimmt, aber von den Einzelheiten habe ich keine Ahnung mehr. Vorl.: Wann haben Sie denn gemerkt, daß das Kind tot war? Angekl.: Das muß in der Dämmerstunde gemerkt sein. Ich zog dem toten Kinde das Tauffleisch an und legte es auf das Bett. Aus dem Garten holte ich Beilchen, Astern und Taufschönheiten, die ich zu einem Kranz und zu einem Straußband und dem Kinde brachte. Es waren die letzten Blumen aus dem Garten. Die Mutter schloß dann ihre Laube ab und irrte in der Stadt umher. Zuerst hatte sie die Absicht, sich zu erhängen oder ins Wasser zu gehen, dann warf sie sich von einer Eisenbahnbrücke in Westend auf den Bahnhöfen. Da sie aber nicht, wie beabsichtigt, vor einen fahrenden Zug fiel, sondern auf ein Nebengleis, wurde sie mit einem dreifachen Beinbruch und mit einer Lendenwirbelerkrankung in das Krankenhaus gebracht, von wo sie heute in das Kriminalgericht transportiert wurde. Bevor sie das Haus verlassen hatte, schrieb sie eine Reihe von Abschiedsbriefen. Auf einem Zettel gestand sie, daß sie das Kind erwürgt hatte. Ihren Eltern teilte sie mit, daß ihrem Mann keine Schuld tröfe. Ihrem Mann schrieb sie, daß sie nicht mehr wisse, wozu sie noch leben solle. Ihre Tat geschehe nicht aus Haß, sondern aus Liebe, da sie ihm nur ein Stein am Beine sei. Dr. Leppmann als Sachverständiger bezeichnete die 21jährige Angeklagte als einen im Grunde heiteren Menschen, der aber starken seelischen Schwankungen unterworfen sei und seit dem Tode der Mutter zur Schwermut neige. Das sei auch bei der Beurteilung ihrer Tat zu berücksichtigen.

Der Staatsanwalt beantragte wegen Totschlags bei mildernden Umständen drei Jahre Gefängnis. Das Gericht verurteilte die Angeklagte wegen Totschlag zu einem Jahr Gefängnis unter Zuhilfenahme einer Bewährungsfrist nach Verbüßung von sechs Monaten.

Bahnhof Zannowigbrücke in neuer Gestalt.

Die Umbauarbeiten auf Bahnhof Zannowigbrücke gehen allmählich ihrem Ende entgegen. Die Bahnsteighalle ist bis auf den Anstrich und den Abbruch der alten Ueberdachung fertiggestellt. Nach Beendigung des Anstrichs, der bereits in Angriff genommen wurde, kann die alte Ueberdachung abgebrochen werden, da sie vorerst noch als Gerüst für die Malerarbeiten und als Schutzdecke für den Verkehr dienen soll. Die neue Fahrkartenausgabe am Zugang von der Holzmarktstraße, mit

Wendung im Falle „Gedewag“

Haftbefehl gegen Bankier Heinrich Borchardt.

Das Verfahren gegen den Bankier Heinrich Borchardt, der beschuldigt war, gemeinsam mit dem Generaldirektor der Vereinigten Krankenkassenversicherungs A.-G. Dr. Julius Apelbaum dunkle Geschäfte gemacht und sich um hohe Summen bereichert zu haben, hat gestern eine sensationelle Wendung genommen. Allgemein wurde erklärt, daß der Bankier von den Untersuchungsbehörden nicht länger festgehalten werden dürfe, da sich die Beschuldigungen zum größten Teil als haltlos erwiesen hätten. Heute mittag ist nun plötzlich vom Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium gegen Bankier Borchardt Haftbefehl wegen Depotunterschlagung erlassen worden. Im Laufe des Nachmittags wurde B. nach Moabit übergeführt.

Selbstmord in der Heilanstalt.

Sanitätsrat Reich erschossen aufgefunden!

In seinem Arbeitszimmer in der Heilanstalt Wittenau wurde gestern nachmittag der 63 Jahre alte Sanitätsrat Dr. Friedrich Reich erschossen aufgefunden.

Sanitätsrat Dr. Reich war seit Jahren stellvertretender Leiter der Wittenauer Heilanstalt. In letzter Zeit machten sich bei dem Arzt, wahrscheinlich infolge Ueberarbeitung, nervöse Störungen bemerkbar. In einem Anfall von Schwermut scheint Reich zur Waffe gegriffen zu haben. Als er gestern gegen 17 Uhr allein in seinem Arbeitszimmer weilte, schoß er sich eine Kugel in die Schläfe. Als Angestellte auf die Detonation des Schusses hinzueilten, fanden sie Sanitätsrat Reich mit blutender Stirnmunde auf. Hilfe konnte nicht mehr gebracht werden; der Lebensmüde starb wenige Minuten später, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Am Rande einer Schonung unweit des Bahnhofes Heiligensee wurde gestern abend der 21 Jahre alte Student Albrecht Freiherr von Wangenheim erschossen aufgefunden. Nach dem Befund liegt zweifellos Selbstmord vor. Aus einer Revolverpistole hatte sich der jugendliche Lebensmüde einen Herzschuß beigebracht. Das Motiv zur Tat ist noch ungeklärt.

Das Ende eines Berliner Anwalts.

Nach fast einem Jahr tot aufgefunden.

Wien, 25. Mai.

Seit dem 5. August 1931 wurde der Berliner Rechtsanwalt Rudolf Binner, der sich damals in Bad Gastein zur Kur aufhielt, vermißt. Kürzlich wurde nun von einem Jäger in der Nähe der Mitteralpenhütte im Kadelstal bei Böckstein an einem bewaldeten Berghang zwischen Felsblöcken das Skelett eines etwa vierzigjährigen Mannes gefunden, dessen rechte Hand die bei Abgabe eines Schusses charakteristische Fingerhaltung aufwies. Daneben lag eine Pistole. Am Schädel des Toten waren deutlich Ein- und Ausschuß zu erkennen. Aus diesen Umständen wird auf Selbstmord geschlossen. Sämtliche bei der Leiche in einem Rucksack vorgefundenen Gegenstände sind reichsdeutschen Ursprungs. Papiere wurden nicht gefunden. Man vermutet, daß es sich um die Ueberreste des vermißten Rechtsanwalts handelt.

Der internationale Faschismus. Auf Einladung der Jugendliga für Menschenrechte spricht der bekannte ungarische Sozialist Bela Renyer in den Räumen der Liga für Menschenrechte, Berlin R. 24, Rindfleischplatz 10, Eingang 4, III, am Freitag, 27. Mai, 20 Uhr, über das Thema: „Der internationale Faschismus“. Für Gäste Unkostenbeitrag 15 Pf.

„Europa“: Flugzeug in Seenot.

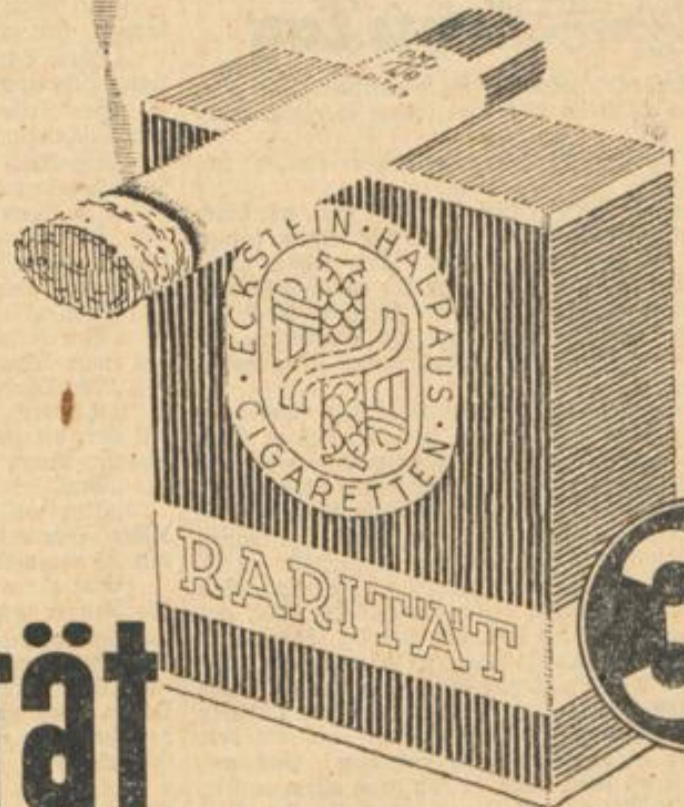
Ein aufgefangener SOS-Ruf.

Boston, 25. Mai.

Die Radiostation auf Castle Island fing heute einen von dem Postflugzeug des deutschen Dampfers „Europa“ ausgehenden SOS-Ruf auf. Das Postflugzeug, das in einer Entfernung von 700 Meilen von New York auf der „Europa“ nach Boston gestartet war, befindet sich etwa 100 Meilen von der „Europa“ und 600 Meilen von Boston entfernt.

Der SOS-Ruf wurde um 17.10 Uhr aufgefangen. Es wird angenommen, daß sich das Flugzeug zu dieser Zeit etwa 400 Meilen östlich von Rantucket befand. Küstenschiffe sind zur Hilfeleistung unterwegs.

Preisabbau durch höhere Leistung!



Halnau's
Rarität

wurde im Format verstärkt in der Qualität gesteigert.
Jetzt mit hochinteressanten Völkerschau-Bildern!

Sein Innenbau man zur Zeit beschäftigt ist, wird am 1. Juni eröffnet werden. Die Wände der Zugangsstraße und des Vorraumes vor den Schaltern werden mit Kacheln verkleidet.

In der neuen Vorhalle an der Jannowbrücke ist die Kellerdecke festgesetzt; jetzt wird mit dem inneren Ausbau der Vorhalle begonnen. Während dieser Arbeiten mußte seit Anfang April der Fußgängerverkehr umgeleitet werden. Die Fertigstellung der Vorhalle hängt wesentlich ab vom Fortgang der von der Stadt Berlin auszuführenden Bauten, insbesondere von der Straßenregulierung vor den neuen Zu- und Abgängen und von der Beilegung der Rotbrücke über die Spree.

Das „gotteslästerliche“ Plakat.

Der Vorsitzende der Freireligiösen Gemeinde verurteilt.

Der Gotteslästerungsparagraph wird immer scharfer gehandhabt. Wir stehen mitten in einer Kampagne gegen die Freireligiösen. Das Verbot der Gottlosen bildete nur die erste Etappe. Auch die sozialdemokratischen Freireligiösen sind den kirchlichen Kreisen seit langem ein Dorn im Auge. So hatte sich gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte der Vorsitzende der Freireligiösen Gemeinde Berlin, der Stadtjugendpfleger Blum, wegen „Gotteslästerung“ zu verantworten. In Wirklichkeit lag ihm nichts ferner, als die christliche Kirche zu beschimpfen.

An dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde an der Pappellallee war seit vielen Jahren ein Anschlag angebracht: die Niederlegung von Kreuzen und anderen Abzeichen religiösen Übergläubens ist nicht gestattet. Dieser Anschlag stammte noch von Blums Vorgänger. Als er im Jahre 1926 sein Amt des Vorsitzenden der Gemeinde übernahm, fand er es bereits vor. Allerdings ließ er es erneuern. Der Anschlag hing und niemand nahm daran Vergernis. Bis eines Tages ein Pfarrer aus „kulturbistorischem“ Interesse den Friedhof der Freireligiösen Gemeinde besuchte und Anzeige erstattete. Die Staatsanwaltschaft lehnte die Erhebung einer Anklage ab. Sie stellte sich auf den ganz vernünftigen Standpunkt, daß es der Freireligiösen Gemeinde freie stehende Bestimmungen zu erlassen, die sie für richtig befindet. Gegen diesen Beschluß der Staatsanwaltschaft wurde Beschwerde eingelegt und dieser Beschwerde wurde stattgegeben, mit der Begründung, daß die Form, in der die Freireligiöse Gemeinde ihre Bestimmung getroffen habe, eine Beschimpfung der christlichen Kirche darstelle.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte erklärte gestern Herr Blum, daß es ihm ferngelegen habe, die christliche Kirche zu beschimpfen; das Plakat sollte nur besagen, daß die Niederlegung von Kreuzen und irgendwelchen Abzeichen religiösen Übergläubens nicht gestattet sei; im übrigen habe er das Plakat übernommen und ohne irgendwelche böse Absicht erneuert. Das Gericht glaubte aber durch ein Urteil von 100 Mark Geldstrafe die christliche Kirche vor dem gotteslästerlichen Plakat schützen zu müssen.

Der Steinwurf auf die japanische Botschaft.

Ein einziger von etwa 150 Demonstranten vor der japanischen Botschaft konnte, wie berichtet wurde, festgestellt werden. Er hatte sich gestern vor dem Schöffengericht wegen Landfriedensbruches zu verantworten. Der Motorradfahrer N., seit längerer Zeit arbeitslos, erklärte, mit der kommunistischen Partei wohl zu sympathisieren, aber nicht an der Demonstration teilgenommen zu haben. Er war auf dem Rückweg von Wertheim, wo er sich um Arbeit beworben habe, in der Tiergartenstraße in die Menschenmenge hineingeraten und habe sich gerade nach einem Flugblatt geblüht, als der Schupobeamte auf ihn zugekommen sei. Da die anderen fortliefen, sei er auch mitgelaufen. Der Schupo-Beamte, der von der Ecke der Margarethenstraße die Menschenmenge beobachtete, will aber unter dieser auch den Angeklagten bemerkt haben. Als der Zeuge herankam, um einige Demonstranten zu verhaften, sei der Angeklagte auf ihn zugegangen mit einer Bewegung, als wolle er seinen Genossen vor der Feststellung retten. Der Zeuge wollte nun den Angeklagten festnehmen, der lief aber davon und konnte erst ein Stück weiter festgenommen werden. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten neun Monate Gefängnis.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Landfriedensbruches zu fünf Monaten Gefängnis.

Die Jugend der Republik.

Jungbannerleute in der Gewerkschaftsschule / Geistige und körperliche Schulung

Die von den freien Gewerkschaften geschaffene Bundeschule in Beena u gewährt in diesen Tagen den Jugendführern des Gau es Berlin-Brandenburg im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Gastschule. Junge Republikaner, die selbst unter der Not der Zeit leiden, sind hier zusammengekommen, um unter der Anleitung hervorragender sportlicher und technischer Führer sich geistig und körperlich neues Rüstzeug für den täglichen Kampf um die Erhaltung der demokratischen Freiheit zu erringen.

Bestern hatten die Reichsbannerleute großen Besuch. Die Bundeschule hatte zu Ehren der erschienenen Vertreter des Reichsbanner-Bundesvorstandes, des Gauvorstandes sowie der Vertreter

der republikanischen Presse Berlins reichen Flaggenschmuck angelegt. Den Besuchern wurde ein guter Einblick in die tägliche Schulungsarbeit gegeben. Der Kursus will vor allem durch technische und sportliche Übungen die körperliche Erleichterung der jungen Reichsbannerleute erreichen. Daneben aber wird selbstverständlich auch größter Wert auf die staatspolitische Weiterbildung der Kursteilnehmer gelegt. In bisher noch nicht dagewesener Weise hat sich der Erfolg eingestellt. Die Darbietungen zeigten, mit welcher Hingabe und Leidenschaftlichkeit die jungen Menschen an die Arbeit gegangen waren. Technische und Massensportübungen fanden ihren Abschluß durch die Bildung eines riesigen R auf dem grünen Rasen, das von den Leibern der Sportler gebildet wurde. Man darf wohl sagen, daß die Massensportübungen eine so straffe Exaktheit aufwiesen, wie man sie sonst nur bei ähnlichen Veranstaltungen der preussischen Schützpolizei bemerken kann. Daß aber auch die geistige Schulung nicht umsonst gewesen ist, beweisen schriftliche Arbeiten, die in ausnahmähiger Form von Kursteilnehmern angefertigt worden waren. Das alles wurde erreicht durch intensive Arbeit der Teilnehmer und durch die Kameradschaftlichkeit, die Lehrende und Lernende verband. Bei der Befichtigung lobte als Vertreter des Bundesvorstandes Kamerad Mach t die Reichsbannerleute, und der technische Leiter des Gau es Berlin-Brandenburg, Artur Reidhardt, sprach allen Kursteilnehmern ebenso wie den Lehrkräften, die sich in selbstloser Weise zur Verfügung gestellt hatten, den Dank und die besondere Anerkennung des Gauvorstandes aus.

Für die jungen Reichsbannerleute wird der Kursus neben dem Erwerb neuer Kenntnisse ein starker Antrieb zu höchster Aktivität für die republikanische Idee werden. In dem Augenblick, da die politische Freiheit in Deutschland aufs höchste gefährdet ist, stellt die Schulung der republikanischen Jugend eine starke politische Notwendigkeit dar. Das Reichsbanner erwidert sich mit dieser Arbeit an der Jugend ein hohes Verdienst am republikanischen Staat.

Der Kursus findet heute sein Ende. Morgen werden die jungen Reichsbannerleute nach dem Besuch der Ausstellung „Sonne, Luft und Haus für Alle“ am Funkturm der Toten des Weltkrieges durch eine Kranzniederlegung im Ehrenmal unter den Linden gedenken.

Rästel um den Namen „Krell“.

Alle Krells bei der Nordkommission!

Die Nordkommission, die die Muttat in Mariendorf untersuchte, hat sich jetzt, nachdem alle Spuren ergebnislos verliefen, zu einem besonderen Schritt veranlaßt gesehen.

Bekanntlich wurde in der blauen Mütze, die einer der Täter verloren hatte, ein Mittagsblatt gefunden, auf dem der Name „Krell“ verzeichnet war. Im Laufe des gestrigen Tages hat die Nordkommission alle Krells, die in Berlin wohnen — es sind etwa 40 Personen — aufs Präsidium bestellt. Jedem wurde die Mütze gezeigt, von jedem wurden Handschriftenproben genommen und jedem das Zeitungspapier gezeigt. Keiner konnte die Mütze als sein Eigentum erkennen. Bekanntlich nimmt die Nordkommission an, daß die Mütze — die nach dem 23. Januar in einem Geschäft in der Steinmetzstraße 12 verkauft worden ist — dem ursprünglichen Besitzer abhandeln gekommen ist. Der neue Besitzer legte dann den Streifen Papier ein. Die Handschriftenproben, die von allen Krells genommen worden waren, sind von den Beamten der Handschriften-Sammelstelle eingehend geprüft. Auch hier haben sich aber keine Anhaltspunkte ergeben. Jenseits Zusammenhang muß der Mann, der die Mütze verloren, mit dem Namen Krell haben. Es ist kaum anzunehmen, daß er völlig gedanklos und ohne Absicht den Namen auf den Rand des Zeitungspapiers schrieb. Dieses Rästel zu lösen ist die Nordkommission noch immer bemüht.

Die goldene Hochzeit begeht heute das Ehepaar Wolff, Pflügerberg, Schillerstraße 14. Gerolde Wolff ist noch rege für die Partei tätig und seit Jahrzehnten „Vorwärts“-Abonnent.

Fliehende Romantik.

In der alten Jannowbrücke war in früheren Jahren ein bekanntes Sommerlokal, für die Berliner ein besonders lieber Aufenthaltsort. Hier war man in nächster Nähe der Dampferanlegstellen, und kühl und gemütlich lag man in Schatten und Laub. Die neue Zeit mit den großen Anforderungen, die vor allem der Verkehr stellt, hat die Gegend um die Jannowbrücke so verändert,



Einst Gaststätte, jetzt Baumagazin.

daß, wer vor 20 Jahren lebte, sie heute kaum wiedererkennen würde. Bahnhof und Brücke mußten neu erstellt werden, und neben vielem anderen fiel auch die alte Gaststätte der Neuordnung zum Opfer. Aber ein kleiner Ueberrest ist geblieben, und er mutet, wie unser Bild zeigt, geradezu romantisch an. Die Stiege, die Säulen, das Portal, die Fenster, das hängende Laub, sie scheinen uns der Winkel einer alttümlichen deutschen Kleinstadt zu sein. Doch diese Romantik ist nur eine Titrapp aus der Vorkriegszeit. Der Ueberrest des alten Hauses dient heute nüchtern und trocken als Baumagazin. Die Gegenwart geht über die Vergangenheit hinweg.



„Zwanzig Gulden!“ stöhnt der Bürgermeister. „Um alles in der Welt, was willst du denn mit diesem Vermögen anfangen?“

„Ich mache damit Zusammenrottungen einfach unmöglich!“ Herr Johann wirft, als er diese Antwort hört, alle Ausgabengänge entschlossen ab, klopf sich auf die feisten, kurzen Schenkel, als ob er eben einen lastigen Weg gehört hätte, und lacht und lacht: „Hahaha, du machst für zwanzig Gulden Zusammenrottungen einfach unmöglich! Wirklich, Vogt, du kannst dich bei der nächsten Messe auf der Marktstätte für Geld sehen lassen! Höre, gegen wild werdende Zeitgenossen ist noch kein Kraut gewachsen!“

„Doch!“ behauptet der Vogt und schlägt dem immer erstaunter dreinblickenden und immer lebhafter seinen Bart zupfenden Bürgermeister vor, den Zugang zu den hauptsächlichsten Straßenjügen durch starke eiserne Ketten abzusperrn.

„Denn“, argumentiert er, „die böhmischen Herren allein sind ungefährlich. Sie sind ja nur eine Handvoll. Die können unsere Wappner mit bloßem Handschuh in Schach halten. Gefährlich ist nur der Böhmen Milauß und Nachtrag, diese Reute unbestimmter Herkunft, dieses zweifelhafte Volk, das allen Ends in den Vorstädten liegt und das die Gassen noch unsicherer macht, als Sigmunds Ungern Petershausen. Mit den Ketten sperren wir den Zugang dieses unheimlichen Volks in die innere Stadt. Durch kommt nur, wer unseren Ordnern gewöhnlich ist. Was nicht pariert, kriegt sofort eins mit dem Hellebardentheil in die aufbegehrende Schnauze! Pöhl auf, sobald der Höl Ernst sieht, bleibt er noch ganz allein jenseits der Pöhl; denn es ist bestimmt keinem angenehm, das Vieh vom eingeschlagenen Vorderzahn zu singen. Diesen gedungenen Värmachern schon gar nicht. Ich bin zwar kein Prophet, aber so viel kann ich vorauslagen: Es müßte mit dem kalten Totschlag zugehen, wenn den böhmischen Herren, sobald sie sich ohne Anhang sehen, nicht alle Lust entfiel, ihre Kehrgans mit Gewalt aus dem Feuer zu holen!“

Herr Johann von Schwarzach leckt die Lippen. Sie triefen wie von Bratenjett. Das ist das sicherste Zeichen dafür, daß ihm etwas einleuchtet.

„Aber“, fragt er, einen letzten Zweifel austösend, „wo alles willst du deine eisernen Leudrechen anbringen? Und wer soll sie schiden?“

Der Vogt hat sein System schon fix und fertig. Er braucht nicht mehr lange zu überlegen:

„Höre, Bürgermeister: Eine Kette beim Schäff, die sollen Hans Schumacher und Hans Müller bewahren.

Eine Kette bei Welti Ogils Haus, die untersteht Cunz zur Rüchen und der Speckinen Mann.

Eine Kette beim Haus des Dompfropstes, und zu dieser Kette beordert den Burgli Mayer und den Achtsinit.“

„Der Pöckmarbige jäst!“

„Ich leist die Gewähr, Bürgermeister, der Achtsinit steht morgen strohnüchtern an seinem Posten oder ich laß ihn in den Klotz spannen!“

„Weiter!“

„Eine Kette bei dem Rad und dazu den Tanbach und den Hans Wucher!“

„Der Tanbach hat nur eine Hand!“

„Schweiß, die andre liegt bei Käfels begraben. Aber mit der, die ihm geblieben ist, hofft er für vier ein, wenn Not am Mann ist!“

„Gut!“

„Eine weitere Kette bei Ullis am Feldhaus, und als dieser Feldhausletten Wächter den Peter Bodenberger und den Lienhard Kadler.

Eine Kette bei der Wehger Trinkstuden, und dazu den Alt Wimmer und den Stejan Keller.“

„Ja, diesen beiden Feitsterzen schaden ein paar Stunden Kettendienst gar nichts!“

„Die letzte Kette an der Neuen Gasse beim Roten Ochsen. Und zu dieser Kette Weßter Burkard Schmied und den Peter Briefinger.“

„Alles?“

„Ja, alles. Das heißt nicht alles. Alles erst, wenn die Ketten fertig sind und an Ort und Stelle!“

„Gut, schwäg mit den Schmieden!“

„Es ist nicht mit den Schmieden allein getan. Ich muß auch zu den Obleuten der Steinmetzen und zu denen der Kannengießer.“

Herr Johann hebt erstaunt die Brauen: „Wozu die Steinmetze? Wozu die Kannengießer?“

„Glaubst du etwa, die Schmiede schlugen mir die Juglöcher für die Kettenhaken in die Ecksteine?“

„Nein, das glaube ich nicht, das ginge gegen ihre zünftige Ordnung. Aber wozu brauchst du die Kannengießer?“

„Die sollen die Juglöcher, sobald die Haltehaken eingetrieben sind, ordentlich verbleien.“

„Halt, wenn es sich um Blei handelt, sind sicher die Scheidenfasser zuständig!“

„Warum nicht gar die Glockengießer?“

Der Bürgermeister überhört den Spott. Er kennt die Empfindlichkeit der Zünfte und redet darum auf den Vogt ein: „Das beste ist, du verläßt dich vorher! Du weißt ja, wie leicht Stunk aufkommt sobald sich der oder jener hinten gefest oder übergangen fühlt! Die Zünfte sind sowieso grätig wie Weiber, die ihre Sach haben!“

„Gut, um jeden Zwischenfall zu vermeiden, werde ich persönlich mit dem Zunftmeister der Gießer und seinen Sachs verhandeln. Mögen die dann unter sich ausknobeln, wer den Füllguck vorzunehmen hat. So bin ich für alles Nachkommende der Verantwortung ledig.“

„Verhandele! Und vergiß nicht, zu unterstreichen, besonders bei den Schmieden, daß es Arbeit von der Stadt ist und Arbeit für die Stadt. Für das Gemeinwohl also. Sie sollen daher in ihren Preisen menschlich bleiben!“

„Bürgermeister, du weißt doch, sie haben ihren ehernen Soß. Da nützt Martten und Feilschen nichts. Diesen jähren ledernen Schürzen zwachen selbst zehn Juden keinen rostigen Ragerand ab. Im Gegenteil! Wir werden noch drauflegen müssen; denn es ist Arbeit außer der Reihe, sie müssen dafür andere liegen lassen. Außerdem ist's Arbeit bis tief in die Nacht. Da rechnen sie uns auch noch den Tannenwald an, aus dem der Aienspan ist, den sie brennen!“

„Nach, was du willst, Vogt, du hast freie Hand! Aber mundere dich nicht, wenn du mich bei deinem nächsten Besuch hier am Tisch verendet findest, eines schmählichen Todes verstorben, aufgetressen von den vermaledeiten Kosten wie eine Leiche von den Ratten!“

Herr Johann hätte gern in diesem von ihm so geliebten Klagenort weitergesungen. Aber plötzlich wird er bleich wie der Tod und weicht vor einem tuchenen Etwas zurück, das, lautlos wie eine Fledermaus, aber unendlich viel langsamer, durchs Fenster kam, und das nun auf ihn zuschwebt.

(Fortsetzung folgt.)

Erziehungsurteile?

Nachdenkliches zu einem Moobiter Prozeß.

Ein Moobiter Urteil, das in krassem Widerspruch zu den Grundfragen der Erziehungstraftrechtsplege und damit auch zu den Verfügungen des preußischen Justizministers steht, verdient nähere Betrachtung.

Am November des vorigen Jahres begingen drei junge Burschen einen dreifachen Raubüberfall auf eine Wohnung in der Franz-Körner-Straße in Brlh. Zwei der Burschen im Alter von etwa 19 Jahren, D. und H., waren erst vor kurzem dem Jugendgefängnis Kottbus entstrungen. Einer von diesen beiden, H., hatte hier eine Strafe von 2½ Jahren zu verbüßen wegen eines Raubüberfalles auf die eigene Großmutter. In einem halben Jahre sollte er das Gefängnis verlassen, seine Führung war gut, er befand sich in der dritten Stufe, nichts wies auf die Möglichkeit eines Ausbruches aus dem Gefängnis hin. Schlimm genug, daß er das Vertrauen, das man in ihn gesetzt, nicht gerechtfertigt hatte, noch schlimmer, daß er, faum in die Freiheit zurückgekehrt, einen neuen Raubüberfall beging; daß er nur auf unrechtmäßigem Wege sein Fortkommen finden konnte, ist ja ohne weiteres klar. Der Staatsanwalt beantragte in der ersten Verhandlung eine hohe Zuchthausstrafe, das Gericht verurteilte H. zu 2 Jahren 9 Monaten Zuchthaus, obgleich der Verteidiger sich die größte Mühe gab, dem Schöffengericht Schöneberg vorzumachen, daß der junge Mensch in das Jugendgefängnis zurückgebracht werden müsse, da er sowohl noch erziehungsbedürftig, als auch Erziehungsmaßnahmen zugänglich sei. Hätte die Strafe auf Gefängnis gelautet, der Angeklagte hätte höchstwahrscheinlich keine Berufung eingelegt. Zuchthaus und Ehrverlust schienen dem Verteidiger jedoch der Sachlage nicht angemessen. Die Berufungskammer befand sich eingehend mit der Persönlichkeit des H.

Der Pfarrer der Kottbuser Anstalt hatte in einem ausführlichen Brief seine Ansicht dahin niedergelegt, daß in dem jungen Menschen doch noch ein guter Kern stecke und er sich erzieherischen Einflüssen nicht verschließen würde. Ein junger Gefängnispraktikant, der an Stelle des Pfarrers geladen war, äußerte sich in gleichem Sinne. Das Gericht lehnte zwar die Strafe auf 1 Jahr 9 Monate herab, beließ es aber beim Zuchthaus; die Tat wurde nicht als Raub, sondern als versuchter schwerer Diebstahl qualifiziert. Währende Umstände wurden H. verlag. Die Ausführungen des Verteidigers seien zwar außerordentlich beachtenswert, hieß es in der Urteilsbegründung, das Gericht habe aber in diesem Falle nicht nur der Persönlichkeit des Täters, sondern auch dem Opfer gerecht werden müssen.

Es fragt sich, was soll hier die Zuchthausstrafe in Höhe von 1 Jahr 9 Monaten. Soll sie den H. bessern? Wäre nicht eine höhere Gefängnisstrafe eher am Platze gewesen, damit der Gefangene im Jugendgefängnis weiteren erzieherischen Einwirkungen hätte unterworfen werden können? Justizrat Dr. Fränkel will nun das Justizministerium ersuchen, auf dem Gnadenwege die Zuchthausstrafe in eine Gefängnisstrafe umzuwandeln.

Was wird aus dem Sklarek-Prozeß?

Bürgermeister Kohl noch nicht verhandlungsfähig.

Obwohl sich das Befinden des Angeklagten Kohl einigermaßen gebessert hat, machen sich doch noch immer die Nachwirkungen des eingenommenen Giftes in gewissen Lähmungserscheinungen der Darm- und Nierenstätigkeit bemerkbar. Es ist kaum anzunehmen, daß Bürgermeister Kohl vor Anfang der nächsten Woche aus dem Krankenhaus entlassen werden kann.

Die Vermutung, daß die bisherige „tropfenweise“ Verhandlung des Sklarek-Prozesses, der am Freitag wieder fortgesetzt wird, auf das Bestreben zurückzuführen ist, das abgetrennte Verfahren Kohls wieder anzugliedern, wird immer wahrscheinlicher. Man spricht sogar davon, daß das Gericht Fühlung mit dem Justizministerium genommen habe, um sich über die Möglichkeit einer solchen Maßnahme und ihre rechtlichen Folgen zu vergewissern, was ein Raum darstellen würde und bisher in Justizatur und Literatur ohne Präzedenzfall ist. Die amtlichen Stellen hielten sich allerdings immer noch in Stillschweigen darüber, was die „prozedurtechnischen“ Gründe sind, die die augenblickliche Situation des Sklarek-Prozesses herbeigeführt haben.

Berdiente Strafe.

Ein gemeiner Erpresser verurteilt.

Nach einem jahrelangen Liebesverhältnis mit einer verheirateten Frau L. drohte der Monteur Erich Trettin, daß er alles ihrem Ehemann erzählen werde, wenn sie ihm nicht genügend Geldmittel verschaffe. Nachdem ihr Geld aufgebraucht war, gestand Frau L. schließlich ihre Angst ihrem Mann ein. Trettin verfolgte nun das Ehepaar in der übelsten Weise. Er schrieb offene beleidigende Postkarten und verbreitete in der Nachbarschaft des Ehepaars falsche Gerüchte, bis L. schließlich Strafanzeige gegen den Erpresser erstattete. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht Schöneberg stellte sich heraus, daß Trettin bereits zweimal wegen Erpressung verurteilt worden war, und zwar einmal, weil er in der Zeit seiner Beziehungen zu Frau L. von seiner anderen Freundin mit denselben Methoden Geld zu erhalten versuchte. Trettin wurde daher wegen fortgesetzter vollendeter und versuchter Erpressung zu der Strafe von 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt und sofort im Gerichtssaal verhaftet.

Brunnenkuren im „Alfengrund“.

Da hat nun nicht gerade ein Rutengänger mit seinem Wunschfließ Heilquellen hervorgezaubert, sondern ein 85jähriger Willenbester hat — vielleicht mehr der Rot gehorchend als dem eigenen Tadel — sein Grundstück als sommerliches Erholungs- und Ruheplätzchen mit Vögeln, als Brunnenkur- und Kaffee-Station eingerichtet. Der neu eröffnete „Alfengrund“ in Jelen-dorf, Hermann-Löbe-Goethe-Allee, ist ein schon gelegenes Fleckchen Natur, ein alter Garten mit schönem Baumbestand, reichem Blumen- und Pflanzenbestand. Terrassenförmig sind Tische und Stühle aufgestellt, wo man seinen Brunnen oder seinen Kaffee in aller Ruhe und Gemütlichkeit bei zeitgemäßen Preisen trinken kann. Der Garten ist ringsum eingetriedelt von dichten Hecken und alten Bäumen und ganz abgeschlossen vom Lärm und Staub der Straße. Auch von Ruß bleibt man endlich einmal verschont; das Ganze ist gar nicht auf „Betrieb“, sondern ausschließlich auf „Erholung“ eingestellt.

„Der Junge ist vergiftet!“

Die Sterbenacht im Hause der Lehrerfamilie Ziehm.

Guben, 25. Mai.

Zu Beginn der Verhandlung schildert die Angeklagte Ziehm die Ereignisse in der Sterbenacht. Sie betrat zusammen mit ihrem Mann und ihrer Mutter das Schlafzimmer des Jungen, der noch wach war und etwas zu trinken verlangte. Es wurde ihm aber nichts gereicht. Die Eheleute Ziehm gingen dann in ihr Schlafzimmer. Nach etwa einer Viertelstunde rief Frau Ziehm: Mutter, mach doch das Licht aus! Er erfolgte keine Antwort und ihr Mann stand auf, löschte das Licht und schloß die Tür.

Nun verwickelte sich Frau Ziehm in Widersprüche. Einmal sagte sie, ihre Mutter habe plötzlich laut gerufen: Dido, Dido, kommt doch mal rüber, mit dem Kinde ist etwas los. Dann aber sagte sie, sie habe nur einen Schrei gehört, und schließlich sagte sie, sie wisse nicht genau, ob die Mutter überhaupt gerufen habe. Als die Eheleute ins Kinderzimmer kamen, war dort Licht und Frau Ladewig war nicht im Zimmer. Die Betten waren abgezogen und lagen eingemeißelt in der Badewanne. Herr Ziehm rief sofort:

Der Junge ist vergiftet!

Frau Ladewig stieg zu Hausbewohnern hinauf und schickte nach einem Arzt, der auch bald darauf kam. Er stellte den Tod des Kindes fest. Zeugen sagten bei der kommissarischen Vernehmung aus, daß Frau Ziehm und ihre Mutter kurz nach der Entdeckung der Tot im Wohnzimmer zusammenkamen und tuschelten. Ein Chauffeur, der zufällig auf dem Flur stand, will sogar gehört haben, daß Frau Ziehm beim Verlassen des Sterbezimmers gesagt hat: Gott sei Dank, daß das Kind tot ist! Herr Ziehm soll nach Ausfragen einer Frau ganz ruhig gemeldet sein: Nach Befragung anderer Zeugen soll er laut gerufen haben: In so kurzer Zeit zwei Kinder auf diese Weise zu verlieren!

Borj.: Wie kam denn das schmutzige Nachhemd, ein Handtuch, der Topf, in welchem Sie das Chloralkali auflösten, und ein Teller mit Speiseresten in die Müllgrube, wo diese Gegenstände später gefunden wurden? Frau Ziehm: Ich weiß es nicht. Borj.: Ihre Mutter bestreitet das auch und Ihr Mann ist es bestimmt nicht gewesen. Wer soll es denn gewesen sein? — Der Arzt weigerte sich am nächsten Tage, den Totenschein auszustellen, da ihm Zweifel aufgefallen waren, daß der Junge eines natürlichen Todes gestorben sei. Als Frau Ziehm von der Kriminalpolizei eine Vorladung zur Beiwohnung der Obduktion der Leiche erhielt, sagte sie zu ihrem Mann: Siehst du, warum hast du so laut geschrien! Das Kind ist vergiftet. Nun haben wir noch Scherereien. Als dann die Leiche abgeholt wurde, sagte Frau Ziehm nach Befragung ihrer Mutter: Nun werden sie das Hänschen aufschneiden. Wenn sie nichts finden, dann können sie mir nichts. Borj.: Wachte Ihr Mann überhaupt, daß Sie Chloralkali im Hause hatten? Frau Ziehm (bestimmt): Ja! Borj.: Ihr Mann bestreitet das. Frau Ziehm: Dann muß ich auf die Unglaublichmacht meines Mannes hinweisen. Auch im Ab-

treibungsprozeß hat er unhaltbare Angaben gemacht. Borj.: Es wird ja darauf ankommen, wenn das Gericht mehr glaubt.

Frau Ziehm machte ihrem Mann den Vorschlag, die Leiche des Kindes einäschern zu lassen. Sie sprach auch mit ihrer Mutter darüber, sie wolle nach Guben fahren, sich dort den besten Rechtsanwalt nehmen und dieser solle ein Schreiben an die Staatsanwaltschaft richten.

ob und inwiefern sie (Frau Ziehm) der Fahrlässigkeit schuldig gemacht werden könne, da sie doch das gefährliche Gift offen im Küchenschrank habe liegen lassen.

Zu diesem Zweck habe ihr ihre Mutter 40 M. gegeben. Frau Ziehm habe auch nach Guben und erhielt dort von einem Rechtsanwalt den Rat, erst einmal abzuwarten. Dann ging sie in das Gubener Stadthaus und erkundigte sich im Friedhofsbüro nach dem Termin der nächsten Einäscherung, sie hatte es sehr eilig. Ihre Ruhe, mit der sie das sagte, und ihre Hast kamen dem Bedienten schon damals verdächtig vor.

Nach der Mittagspause stand im Mittelpunkt der weiteren Verhandlungen die

Vernehmung der Frau Ladewig.

Frau Ladewig schildert die Fahrt nach Frankfurt am 16. November, an welchem Tage das Chloralkali gekauft wurde, in ähnlicher Weise, wie es die Tochter tat, behauptet aber, von dem Vorhandensein des Chloralkali nie etwas gewußt zu haben. Sie kenne es nicht und wisse auch nicht, wozu es benutzt werde. Sodann schildert sie die Vorgänge bis zur nächsten Rückkehr in die Ziehmische Wohnung ähnlich wie ihre Tochter. Differenzen entstehen erst, als die eigentliche Todesstunde geschildert wird. Heute erklärt Frau Ladewig, im Gegensatz zu ihren früheren Aussagen vor dem Kriminalkommissar, daß sie dem Kinde auf keinen Wunsch kein Wasser zum Trinken gegeben habe, während sie in früheren Aussagen einmal von Wasser, das andere Mal von Kaffee gesprochen hat. Das Kind habe, während sie sich auslebete, gerufen: „Ich habe großen Durst.“ Sie sei aufgestanden und habe Licht gemacht; plötzlich habe sich das Kind übergeben. Da sie fürchtete, dem Kinde doch etwas zum Trinken geben zu haben, habe sie schnell die Bezüge von den Betten gezogen und sie in die Badewanne geworfen. Sie sah noch, wie das Kind sich plötzlich aufbäumte. Da hat sie einen Schreck bekommen und laut um Hilfe geschrien.

Es kommt jetzt zu erregten Auseinandersetzungen zwischen dem Vortragenden und der Frau Ladewig, als der Richter sie auf ihre Widersprüche in ihren Aussagen aufmerksam macht. (Hier sei eingeschaltet, daß der Berliner Kriminalkommissar Trettin aus seinen sich über vier Monate erstreckenden Untersuchungen die absolute Ueberzeugung gewonnen hat, daß nur Frau Ladewig als Täter in Frage kommt. Er hält Frau Ziehm nur für die Mitwisserin und Anstifterin, wobei allerdings offen bleibt, ob Frau Ziehm nicht schuld an dem in Ruzendorf erfolgten Tod des ersten Kindes ist.)

Große Zollbetrügereien in Paris.

Zistus um viele Millionen geschädigt.

Die Pariser Polizei ist einer großen Betrugsaffäre auf die Spur gekommen. Ein Pariser Zollbeamter hat innerhalb von fünf Jahren den Zistus um viele Millionen Franken dadurch betrogen, daß er durch bestimmte Nachschaffungen aus Amerika eingeführte Autos von dem für diese vorgesehenen besonderen Autozoll befreit hat. Die Angelegenheit, in die französische und ausländische Vertreter großer amerikanischer Automarken verwickelt sind, wird energisch verfolgt.

15 Jahre Reichsbund der Kriegsbeschädigten.

Aus Anlaß des 15jährigen Bestehens des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten hatte die Ortsgruppe Berlin des Bundes eine Kundgebung in Kleins Festhallen veranstaltet. Der große Saal war überfüllt, weit mehr als 1200 Kriegsoffer, Männer und Frauen, lauschten den Darbietungen. Als Redner sprachen Kamerad Pfändner vom Bundesvorstand und Kamerad Kuttner, einer der Begründer des Reichsbundes.

Den Anwesenden wurde vor Augen geführt, wie aus kleinsten Anfängen der Reichsbund trotz des heftigen Widerstandes der damaligen Militärdiktatur sich zu einer großen Organisation entwickelt hat, die heute über 400 000 Mitglieder im ganzen Reich zählt. Was schon zurzeit der Gründung vorausgesagt wurde, so führte Pfändner aus, daß die Danksagung gegen die Kriegsoffer sehr reich verfliegen würde, wenn es ans Zahlen ginge, das erleben jetzt die Kriegsoffer am eigenen Leibe. Von Dank ist nicht mehr die Rede, sondern nur noch davon, wie an den Kriegser- und Kriegshinterbliebenenrenten möglichst gespart werden kann. Auch dies gehört zum Kapitel der unheimlichen Zerstörung der Konsumkraft. Keinerlei Heil oder haben die Kriegsbeschädigten von der lärmenden nationalsozialistischen Bewegung zu erwarten, die nur zu neuen Kriegen und damit zur Vergrößerung der Zahl der Kriegsoffer hinführt. Mit vollem Bewußtsein haben die Kriegsbeschädigten in der „Giamat“, der internationalen Organisation der Kriegsoffer, sich in den Dienst der allgemeinen Abrüstungs- und Weltfriedensidee gestellt. — Kuttner führte aus: Aus der Gründungszeit des Bundes, in der wir verfolgt und mit Verböten schikaniert wurden, haben wir Kriegsoffer eins gelernt: Unter einer Diktatur dürfen auch die gerechtesten Forderungen nicht zur Geltung gebracht werden. Wir haben aber auch gelernt, daß Begeisterung und Tatwille aller Unterdrückungsmassnahmen spotten und werden das auch den heutigen Diktaturschwärzern heimessen. Einer irreführenden Jugend, die einem wohlfeilen Maul- und Faustheulentum zuschubelt, stellen wir den stummen Heroismus der Kriegsteilnehmer und der dabeimitlebenden Frauen entgegen. Wir rufen dieser Jugend zu: Lohnt euch von uns Älteren, die wir den Krieg in seiner grausamen Wirklichkeit erlebt haben, warnen, ehe es für euch zu spät ist! — Beide Redner ernteten den begeistertsten Beifall der Versammlung, die mit einem Hoch auf den Reichsbund ihren Ausklang fand.

Allgemeine Wetterlage.



In Mittel- und Norddeutschland kam es am Mittwoch vielfach zu anhaltenden Regenfällen, die stellenweise recht ergiebig waren. In Berlin zum Beispiel wurde als Regenhöhe über 23 Millimeter gemessen. Die Temperaturen lagen größtenteils noch merklich niedriger als am Vortage; in Westdeutschland, wo es am kühlfsten war, lag das Thermometer nur bis etwa 11 Grad Celsius. Allein in Ostpreußen stiegen die Temperaturen stellenweise über 20 Grad Celsius.

Der über Ostdeutschland befindliche Tiefdruckkern verlagert sich jetzt allmählich, wobei er sich etwas nach Norden verlagert. Gleichzeitig bewegt sich ein zweiter Tiefdruckkern vom Mittelmeer her nach Mitteleuropa. Unser Bezirk dürfte daher zunächst in ein Gebiet zwischen zwei Tiefdruckkernen zu liegen kommen, so daß am Donnerstag die Niederschlagsneigung geringer als bisher sein dürfte. Später wird sich jedoch voraussichtlich bei uns das südliche Tief bemerkbar machen.

Wetterausblick für Berlin: Weiterhin kühl, meist bewölkt, noch einzelne leichte Regenschübe. — Für Deutschland: Ueberall kühl, in Nordosten und Süden stellenweise stärkere Niederschläge, im übrigen Deutschland Neigung zu Schauern.



Die Zeitverhältnisse verlangen billige Artikel. Mouson bringt sie in den hochwertigen Igemo-Erzeugnissen. Verlangen Sie bei Ihrem Händler Igemo-Artikel und achten Sie auf die blau-rote Packung. Igemo bedeutet wahrhafte Qualität und Billigkeit.

- 10, IGEMO Shampoo
- 25, IGEMO Toilettenseife
- 25, IGEMO Hautcreme
- 50, IGEMO Hautcreme
- 50, IGEMO Zahnpaste
- 44, IGEMO Rasiercreme
- 75, IGEMO Rasiercreme
- 50, IGEMO Rasierseife
- 75, IGEMO Rasierseife
- 1 M, IGEMO Mundwasser

Sowjetrückzug vor den Bauern.

Freie Wirtschaft für Fleisch und Getreide. — Lenins „Rep“ in neuer Auflage?

Ueber der Entwicklung der russischen Industrie, die mit vielen Schwierigkeiten und unter großen Leiden der Arbeitermassen, aber doch vorwärts geht, überstreicht man bei uns nur allzu sehr, daß die Grundzüge der russischen Volkswirtschaft noch immer die Landwirtschaft ist und noch Jahrzehnte lang bleiben wird. Noch immer leben vier Fünftel der Bevölkerung im Dorf. Was dort geschieht, entscheidet letzten Endes das Schicksal der russischen Revolution. Wer nun geglaubt hatte, die Bauernfrage sei durch die Kollektivierung ein für allemal gelöst, muß sich durch die Ereignisse der letzten Wochen eines besseren belehren lassen.

Die Sowjetregierung laut australischen und kanadischen Weizen. Bis jetzt 43000 Tonnen, die Körbe werden fortgesetzt. Vermutlich sind diese Mengen zur Verpflegung der Armee in Ostibirien bestimmt. Daß die Russen trotz ihrer Kolonialpolitik Getreide kaufen müssen, zeigt, daß es im Lande an Getreide fehlt. In die gleiche Richtung weisen auch andere Tatsachen. In einer Reihe von Städten wurden die Brotquoten gekürzt, zum Teil erheblich. In der ganzen Sowjetunion hat der Getreideverbrauch in den letzten zwei Monaten einen riesigen Umfang angenommen. Wer nur irgendwie kann, schickt seinen Verwandten im Dorf heute Brot. Es gibt keine Stadt, in der nicht die Fett- und Fleischration gekürzt worden wäre. Mit einem Wort: die Ernährungslage hat sich empfindlich verschlechtert und verschlechtert sich weiter.

Seit Mitte März folgt eine Verordnung der anderen. Alle haben ein Ziel: alle appellieren an das Erwerbsstreben der Bauern, der Einzelbauern und jener in den Kollektiven: Erweitert die Anbaufläche, gebt uns Getreide, gebt uns Fleisch, Milch, Butter, Gemüse! Wir machen euch dafür Konzeptionen, wir versprechen euch, weniger wegzunehmen als im Vorjahr, wir machen eine neue Rep. (Freie Marktwirtschaft für bäuerliche Produkte.) Noch vermeidet man das unindische Wort. Aber daß die konsequente Durchführung dessen, was mit diesen Verordnungen begonnen wurde, zu einer neuen Rep führen muß, daß der Fünfjahresplan, die „Generalliste“, in wesentlichen Teilen damit aufgegeben wird, das leidet keinen Zweifel.

Das hungernde Dorf.

Sieht man näher zu, dann ist die Entwicklung der Anbauflächen (Zunahme seit 1929) durchaus nicht so günstig, wie es zuerst den Anschein hat. In den bäuerlichen Wirtschaften einschließlich der Kollektiven haben sich die Sommerernten von 88,7 Millionen Hektar im Jahre 1930 auf 88,2 Millionen Hektar im Jahre 1931 ausgedehnt. Das sind noch nicht einmal 2 Proz. mehr. Die Erweiterung der Anbaufläche ist zum größten Teil den Staatsgütern geschuldet, die Weideland umdrachen. Zur Hälfte entfällt der Zuwachs auf Grasflächen.

Die Getreidernte war 1930 gut. Sie betrug 874 Millionen Doppelzentner. Davon hatte das Dorf 225 Millionen an den Staat abzuliefern. Es blieben dem Dorf also zur Ernährung bis zur nächsten Ernte, als Saatgut und als Futtermittel 649 Millionen Zentner. 1927/28 waren dem Dorf noch 658 Millionen verblieben. Das war nicht bloß absolut mehr; man muß aber bedenken, daß inzwischen die Landbevölkerung um 5 Millionen Menschen zugenommen hat.

Am 9. Februar d. J. teilte Krinitski in der Sitzung des Zentralen Kontrollkomitees mit, daß 1931 im Durchschnitt 7,5 Zentner Getreide vom Hektar geerntet wurden. Bei einer Saatfläche von 104 Millionen Hektar sind das 780 Millionen Zentner. Nun waren am 1. Januar 1932 bereits 219 Millionen Zentner an den Staat abgeliefert. Der Plan sah 225 Millionen vor. Da die Ablieferung auch noch mehrere wöchentlich, darf man annehmen, daß er fast vollständig erfüllt wurde. Das bedeutet, daß im Dorf 1931 höchstens 560 Millionen Zentner blieben. Mit anderen Worten: Das Dorf hat in diesem Jahr nur noch fünf Sechstel der Getreidemenge, die es vor fünf Jahren hatte, aber über sechs Millionen mehr Menschen zu ernähren.

Mangel an Fleisch, Fett und Milch.

Dazu kommt der Verfall der Viehwirtschaft. Von 1929 bis 1930 sank die Zahl der Rinder von 67,2 auf 53,8, der Schafe von 133 auf 100, der Schweine von 20,5 auf 13,2 Millionen Stück. Bevor die Bauern ihr Vieh der Kollektive gaben, schlachteten sie es lieber. Alle Schlachtoberste nügen auch jetzt nichts.

Bis vor wenigen Wochen verachtete man, den Viehbestand wenigstens zu halten. Man „kollektivisierte“ das Vieh und errichtete „Viehfarmen“. Die Bauern antworteten mit neuen Schlachtungen. Wo sie nicht schlachteten, ging Vieh massenweise aus Futtermangel zugrunde.

Die staatlichen Viehwirtschaften waren ein Fehlschlag. Mit Mühe und Not erfüllten sie den Ablieferungsplan zu 67 Proz. Erst im Februar entdeckte man plötzlich, daß daran die „Gigantomani“ (von „Gigant“, den staatlichen Riefengütern) schuld hat. Rahezu sämtliche Leiter wurden abgesetzt, die „Kleinfarmbetriebe“ aufgelöst, der Plan umgeworfen, und jetzt rechnet man, daß der Fleisch- und Milchbedarf der Städte, wenn alles gut geht, zu 15 Proz. aus dem „sozialistischen“ Sektor gedeckt wird. Die Lage war sehr ernst geworden. Die Staatswirtschaften liefern viel zu wenig, die Bauern dürfen nicht schlachten. Lun sie es allen Verböten zum Trotz doch, dann bringen sie das Fleisch nicht auf den Markt.

Die neue Politik.

Im Frühling 1921, vor 11 Jahren, hatten die Bolschewiken schon einmal den großen Rückzug vor den Bauern angetreten. Es begann die „Rep“, die neue ökonomische Politik Lenins. Im Frühling 1931 mußte Stalin die Zwangs-kollektivierung in ihren brutalsten Formen stoppen. Im Frühling 1932 gibt die Sowjetregierung den Bauern von neuem nach. Der schlechte Verlauf der Erntearbeiten hat sich Arges für den kommenden Herbst und Winter befürchten. Es fehlt an Saatgetreide. Die Bauern arbeiten in den Kollektiven unzufrieden, schlecht, vielerorts treiben sie direkte Sabotage.

Man muß einen Rückzug antreten. Schon begonnen alle bisher so erfolgreichen Zwangsmassnahmen unwirksam zu werden. Die Bauern sängen da und dort wieder aus den Kollektiven hinaus, sie waren einfach nicht mehr zu halten. Im Penzinger Oblast zum Beispiel verloren die Kollektiven in drei Monaten ein Zehntel ihrer Mitglieder, anderwärts trat ein noch viel größerer Prozentsatz aus. Dazu drohte der Krieg. Das Steuer mußte rasch, energisch und ohne jede Rücksicht auf die bis dahin gepredigten „unverletzlichen“ Prinzipien herabgemindert werden.

Das Dekret vom 6. Mai legt die von den Bauern abzuliefernde Getreidemenge herab. Sie soll um 264 Millionen Tsd., also um nahezu ein Fünftel, kleiner sein als im Vorjahr. Vier Tage später erschien ein neues Dekret. Der Ablieferungsplan für Fleisch wird auf die Hälfte des Bisherigen herabgesetzt. Schon einige Wochen vorher war der mit dem Ausschluß aus der Partei bedroht worden, der die Bauern zur Verwirklichung des Viehs zwingt. Sind die Ablieferungspläne erfüllt, dann darf der Bauer und die Kollektive Getreide und Vieh unbedindert auf frei gewählten Märkten verkaufen. Das Schlachtoverbot wurde aufgehoben. Das jüngste Dekret endlich hebt jede Preisbindung auf. Die Preise werden dem Mechanismus des Marktes überlassen.

Korrigiert darf man noch zweifeln, ob dieser Rückzug ein dauernder ist. Bleibt es bei dem Rückzug, dann sind die Folgen unabsehbar. Eine Preisrevolution nach oben wäre unvermeidlich. Heute kostet ein Kilogramm Butter in der staatlichen Kooperative 7 Rubel, im freien Handel 26 bis 30 Rubel. Heute zahlt der Staat dem Bauer für einen Zentner Weizen 9 Rubel, auf dem freien Markt erzielt der Bauer einen Preis von 60 bis 70 Rubel. Selbst wenn das wachsende Angebot auf dem freien Markt die Preise etwas senken würde, werden sie dennoch um das Mehrfache höher liegen als die Preise in den Kooperativen. Das muß zur Folge haben, daß die Löhne steigen, weil die Arbeiter und Angestellten infolge der Schrumpfung des Koopertivhandels noch mehr auf den freien Markt angewiesen sind. Damit würde aber die Finanzbasis des ganzen Planes erschüttert.

Auf dem Lande wird die seit dem Beginn der Kollektivierung unterbrochene Akkumulation wieder aufgenommen. Die möglichen Schichten des Dorfes werden wohlhabender, die akkumulierten Geldmengen drängen zu produktiver Verwertung. Der Sieg der Bauern wird ihnen neue Kraft geben. Sie haben jetzt im Kampf um ihr Arbeitsprodukt einen Teilsieg errungen. Sie werden weiter vorstößen. Es beginnt ein neuer Abschnitt in dem großen Kampf zwischen Staat und Bauernschaft.

O. M.

Leicht erhöhte Devisenvorräte.

Der Rotenumlauf der Reichsbank ist kleiner als im Vorjahr.

Der Ausweis der Reichsbank vom 23. Mai zeigt gegenüber der Vormoche wieder eine leichte Erhöhung der deutschen Devisenbestände. Die Bestände an deckungsfähigen Devisen nahmen zwar um 4,6 auf 134,6 Millionen ab, die Goldbestände vermehrten sich aber um 4,8 auf 856,3 Millionen Mark, so daß ein Zugang bei Gold und Devisen von 0,2 Millionen Mark festzustellen ist. Die Notendekung hat sich verbessert. Die umlaufenden Noten waren mit 26,5 gegen 25,3 Proz. in der Vormoche gedeckt.

Interessant ist die Bewegung der von der Reichsbank gewährten Kredite im Verhältnis zur Wirtschaftslage und zum Rotenumlauf der gleichen Woche des vergangenen Jahres. Die gegen Wechsel gewährten Kredite sind gegenüber der Vormoche weiter um 211,5 auf 2797,3, die Bestände an Reichsschatzwechseln um 4,7 auf 1,5 und die Lombarddarlehen um 7,3 auf 96,1 Millionen gesunken. Gegenüber der dritten Aprilwoche d. J. ergibt sich ein Rückgang der gewährten Kredite um rund weitere 90 Millionen M.

Kein äußerlich merkt man daraus schließen, daß Banken und Wirtschaft weniger Kredite gewährt bzw. in Anspruch genommen haben. Dem steht aber die wahrscheinlich weiter gestiegene Geldfülle im Inland — der Kapitalmarkt funktioniert ja nicht — wohl entgegen. Wenn es auch unwahrscheinlich ist, daß etwa die Sparkassen bei der Akzept- und Garantiebanc gegenüber dem vorigen Monat neue erhebliche Rückzahlungen gemacht haben, so können die Banken doch bei der Reichsbank weitere Finanzwechsel eingelöst haben, nachdem die Banken ja durch Reichszuschüsse, Reichskredite und Kapitalerhöhungen flüssiger gemacht worden sind. Man braucht also nicht zu schließen, daß etwa für Wirtschaftszwecke trotz der Frühjahrskampagne bei der Landwirtschaft jetzt weniger Kredite erforderlich sind.

Man wird auf der anderen Seite allerdings auch nicht annehmen können, daß der Kreditbedarf für Wirtschaftszwecke gegenüber dem Vormonat absolut erhöht ist, so daß aus der Reichsbankentwicklung der Schluß auf eine allgemeine Verbesserung der Wirtschaftslage jetzt kaum schon gezogen werden kann.

Die umlaufenden Noten haben sich gegenüber der Vormoche um 183,7 auf 3739,3, Rentenbankscheine um 7,9 auf 394,6 Millionen verringert. Demnach infolge der Auswirkungen der Kreditfalloppation des vorigen Jahres die Reichsbank gegenüber der gleichen Woche des Vorjahres mehr als eine Milliarde Mark mehr Kredite laufen hat, ist doch der Rotenumlauf der Reichsbank geringer als in der dritten Aprilwoche des vorigen Jahres. Er bleibt auch dann geringer, wenn man etwa die neuausgegebenen Silbermünzen in den gesamten Geldumlauf einrechnet. Das ist eine Tatsache, die alle inflationsängstlichen Leute wohl beruhigen sollte.

Kammgarnspinnerei Stöhr saniert.

Kapitalherabsetzung 10 zu 7. — Hohe Abschreibungen auf Beteiligungen.

Die Kammgarnspinnerei Stöhr u. Co. A. G., Leipzig, durch ihre Beteiligung an Textilunternehmen des In- und Auslandes einer der bedeutendsten deutschen Textilkongerne, hält es für erforderlich, ihr Aktienkapital und die Bewertung ihrer Aktien der allgemeinen Abwertung anzupassen. Durch Einziehung von 2 Millionen Mark eigener Aktien wird das Kapital auf 20,12 Millionen Mark herabgesetzt, und dieser Betrag wird dann im Verhältnis 10:7 auf 14,08 Millionen M. zusammengelegt.

Der Bruttogewinn ist von 2,8 auf 1,8 Millionen Mark im Geschäftsjahr 1931, die Unkosten sind von 1,2 auf 1,0 Millionen Mark zurückgegangen. Während im Vorjahre 5 Prozent Dividende verteilt wurden, wird in diesem Jahr der Leberstich zu Abschreibungen verwendet. Zu besonderen Abwertungen wird der Buchgewinn aus der Kapitalherabsetzung (6,04 Millionen Mark) und ein Teil des Reservefonds (2,3 Millionen Mark) verwendet. Der Hauptteil dieser Abwertungen entfällt mit 7,43 Millionen Mark auf das Konto Beteiligungen und Effekten; auf Lukenhände werden 0,5 Millionen Mark und auf Bestände 0,1 Millionen Mark abgeschrieben.

Die Abschreibung auf die Beteiligungen werden vorgenommen, obwohl sie als dauernde anzusehen sind und mit Ausnahme der Ohligter Leinen- und Baumwollweberei verhältnismäßig günstig arbeiteten. Für die Budapestter Tochtergesellschaft wurden 0,65 Millionen Mark zurückgestellt, da die Stöhr-Gesellschaft verpflichtet ist, einen Teil des neuen Kapitals der Budapestter Gesellschaft zu übernehmen.

Neue Jahresabschlüsse.

Julius Pintsch kann 8 Proz. Dividende verteilen.

In der Aufsichtsratsitzung der Julius Pintsch A. G. wurde beschlossen, der Generalversammlung für das vergangene Jahr die Verteilung einer 8prozentigen Dividende vorzuschlagen. Im Jahre vorher wurden 10 Proz. verteilt. Pintsch scheint es also noch gut gegangen zu sein.

Die Walchensabrik Dürr-Werke A. G. in Ratingen meldet einen Reingewinn von 115 000 gegenüber 210 000 M. im Vorjahre.

Die Sielefelder A. G. für mechanische Weberei hat ihre Abschreibungen von 89 000 auf 136 000 Mark erhöht und zugleich noch ihren Vorjahrsverlust von 133 000 auf 46 000 Mark gekürzt.

Die Norddeutsche Eiswerke A. G. in Berlin hat das letzte Geschäftsjahr ohne Verlust abgeschlossen, so daß nur der Verlustvortrag aus dem Jahre vorher auf das neue Geschäftsjahr übernommen wird.

Mansfeldverlust froh 6,5 Mill. Staatssubventionen

Die Mansfeld A. G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Eisleben schließt im Kupferbergbau und den Hüttenbetrieben 1931 mit einem Verlust von 4,82 Millionen Mark ab. Die vom Reich und Preußen erhaltenen Subventionen erreichten mehr als 6,5 Millionen. Durch Einnahmen aus Betriebsabfaltungen verringert sich der Verlust auf 2,07 Millionen Mark, der auf neue Jahresrechnung vortragen wird. In der bevorstehenden Generalversammlung soll Beschluß über Herabsetzung des Aktienkapitals um 1,66 Millionen auf 36,2 Millionen Mark gefaßt werden.

Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaft steht gut.

Die zum RGH-Konzern gehörende Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaft A. G., in der die Stromerzeugungsbetriebe des Konzerns zusammengefaßt sind, wird, wie wir bereits berichteten, ihre Dividende für das Geschäftsjahr 1931 von 10 auf 5 Prozent herabsetzen, was mit Ausdruck einer besonders ausgeprägten Reservepolitik ist. Die Stromabgabe in den eigenen Betrieben, wie auch bei den Beteiligungen hat sich überaus gut gehalten. Sie betrug im Berichtsjahr 364 gegen 391 Millionen Kilowattstunden, so daß also nur ein Abgang von 7 Prozent eingetreten ist. Der Reingewinn wird nur mit 2,14 Millionen Mark ausgewiesen, jedoch sind vorweg fast 1,3 Millionen an Rückstellungsfonds, sowie 1,40 Millionen zu Sonderabfaltungen auf Wertpapiere und ausländische Geschäfte verwendet worden, außerdem die Steuern um 600 000 Mark erhöht eingezahlt, um für ein aus der Steuerprüfung für die vergangenen fünf Jahre sich etwa ergebendes Risiko Vorprovision zu treffen.

Verlust bei der Standard Elektrizitäts A. G.

Die unter starker amerikanischer Beteiligung arbeitende Standard Elektrizitäts A. G. hat 1931 einen kleinen Verlust von knapp 67 000 Mark erlitten. Bei den Tochtergesellschaften sind die Umsätze im Durchschnitt um 30 Prozent gesunken. Von den wichtigsten Berliner Tochterunternehmen des Standard-Konzerns gehört die Ferdinand Schuchardt A. G. zu 96 Prozent, Wix u. Genest zu 94 Prozent, und die Telephonfabrik Berliner zu 98 Prozent der Gesellschaft. Bei der Wix u. Genest ist jetzt allein das Privattelefon und das Telephon-Nietgeschäft zusammengelassen. Auch mit der befreundeten G. Lorenz A. G. wird ein Abkommen auf dem Gebiet des Privattelefons angetrebt.

Deutsche Lufthansa A. G.

In der Aufsichtsratsitzung der Deutschen Lufthansa A. G. wurde ein gegenüber dem Vorjahr von 5,23 auf 5,88 Millionen gesteigener Rohüberschuss festgestellt, der etwa in gleicher Höhe zu Abschreibungen Verwendung finden soll. Die gesamten Ausgaben betragen 27,44 gegen 26,67 Millionen im Vorjahr, monon 20,01 (21,85) Millionen auf Betriebskosten und 1,55 (1,62) Millionen auf Handlungskosten und Steuern entfallen. Die Differenz zwischen Rohüberschuss und Ausgaben ist wie in früheren Jahren durch öffentliche Zuschüsse gedeckt, die dieses Mal sogar etwas höher zu liegen scheinen als im Jahre 1930.

Thüringer Gasgesellschaft.

Die heute unter der Kontrolle der preussischen und sächsischen Elektrizitätskongerne stehende Thüringer Gas A. G. wird für 1931 eine Dividende von 6,5 gegen 10 Proz. im vorhergehenden Jahre verteilen. Es sind Sonderabfaltungen von 0,90 Millionen vorgesehen, in erster Linie für Industriebeteiligungen des Konzerns.

Sozialdemokratie für bäuerliche Beredung.

Die Sozialdemokraten haben im Preussischen Landtag folgenden Antrag eingebracht: Veranlaßt durch die immer mehr gestiegene Kaufkraft der großen Masse der Konsumenten ist ein Rückgang der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu verzeichnen. Das trifft besonders zu bei den Preisen für Fleisch, Butter, Milch, Eier usw. Die Erzeuger, gestützt durch die Futtermittelsteuern, sind mit diesen Verkaufspreisen nicht mehr in Einklang zu bringen. Ein großer Prozentsatz der kleineren und mittleren Landwirte hat unter diesen Zuständen besonders zu leiden. Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht dahin zu wirken, daß nach dem Verfahren, durch das den Hüfnerhallern zollfreie Weisen verbilligt zur Verfügung gestellt wurde, auch den nicht gewerblichen Schweinezüchtern und -mästern sowie den sonstigen Viehhütern zollfreie Futtermittel zur Verfügung gestellt werden.

Zur Durchführung der Gemeinnützigkeits-Verordnung hat der preussische Justizminister eine Anordnung erlassen. Danach können Wohnungsunternehmungen, deren Antrag auf Anerkennung der Gemeinnützigkeit schwebt, die einstweilige Eintragung der Gerichtsgebühren in Erwartung der Anerkennung bei der zuständigen Gerichtsstelle beantragen. Im übrigen hat der Justizminister die Registergerichte darauf hingewiesen, daß nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 die Firma eines Wohnungsunternehmens, das nicht als gemeinnützig anerkannt oder dem die Anerkennung entzogen worden ist, nicht die Bezeichnung „gemeinnützig“ enthalten darf.

Ein Gendarm / ein Stromer / eine Badehose

Landstraßenerlebnis von Kurt Neubert

Gegen Mittag kam der Stromer an einen Teich. Eine leicht zu bemerkende Tafel bedrohte Badende zwar mit unnachlässlicher Strafe, doch der Stromer dachte: „Die Tafel tut mir nichts!“ Da der Tag sehr warm war, entledigte sich der Stromer leise pfeifend seiner Kleider. Dann holte er aus seinem Rucksack einen Stoffbeutel hervor, der an eine Badehose erinnerte. Diesen Stoffbeutel brachte er mittels eines Schnürsenkels, den er sich um den Leib band, an jenen Körperstellen an, wo es am notwendigsten war. Nun stand er am Teich in einer Badehose, die in jeder öffentlichen Badeanstalt Gelächter und Entrüstung hervorgerufen hätte. Hier war glücklicherweise niemand, der darüber lachen oder sich Entrüsten konnte. Die Frösche höchstens quakten eine Milance heller, aufgeregter. Vorsichtig ging der Stromer nun in den Teich, bis er eine Tiefe erreichte, von wo er losschwimmen konnte. Er schwamm wahllos und laut prustend wie ein ausgeruhter Gaul in der Schwemme.

Als er aus dem Wasser kam, lachte er erfrischt und vergnügt, beinahe wie jene feinen Damen und Herren, die aus dem Wellenbad im Lunapark steigen und dann dazwischen gehen. Auch der Stromer dinierte nach dem Bade: Stullen, die er sich vormittags im Dorf zusammengebetzelt hatte.

Nun folgte eine Stunde Ruhe. Dann stand der Stromer gestärkt auf und wandelte zwischen den Weidenbüschen. Die Sonne brannte herrlich. Ein Storch stand am anderen Ufer des Teiches im Schilf und sah regungslos herüber. In der Ferne dunkelte ein Wald, und auf den Feldern dahor schwannten wie Irrlichter die weißen Köpfe arbeitender Frauen. Rote Dächer blühten hier und da aus dem Grün und Gelb der Landschaft.

Der Stromer wandelte glücklich am Ufer des Teiches, als wäre er der Besitzer dieser schönen Landschaft. Er schweifte wieder einmal in Wunschvorstellungen, die mit einem einfachen, kleinen Bauerngehöft angingen und mit einem Rittergut nebst Schloß, Auto und Frau zu enden pflegten.

Ein gutmütiger Friseur hatte ihn erst heute morgen rasiert. Er war jung und gut gewachsen. Wer hielt ihn jetzt noch, da seine besten Kleider hinter einem Weidenbüsch lagen, für einen Stromer? Nur die Badehose erinnerte an ihn. Darum zog er sie entschlossen aus.

Wie er jetzt ging und stand, erinnerte er wirklich nicht mehr an einen Stromer. Ein kräftig gebauter, von der Sonne gebräunter, gesunder Mann ging hier zwischen den Weidenbüschen am Teich spazieren. Er hatte sich auf einen Sockel stellen und einen griechischen Jüngling darstellen können. Und vielleicht hätte man eher den Besitzer des nächsten Rittergutes für einen Stromer gehalten, wenn er den Mut gehabt hätte, hier ohne Badehose zu promenieren.

Sollte sich der Stromer jetzt nur noch ein nettes Mädchen gewünscht haben, so können wir solche Gelüste schließlich verstehen, doch das Schicksal schien sie nicht zu billigen. Denn statt des hübschen Mädchens tauchte plötzlich ein Landjäger auf. Der Stromer wollte noch schnell hinter seinem Weidenbüsch verschwinden, aber das Auge des Gefaszes hatte ihn bereits entdeckt. Keuchend — da er schon einen weiten Weg hinter sich hatte und der Uniformfragen in der Hitze unangenehm drückte — kam der Gendarm näher. Als er den Stromer noch einmal und diesmal aus nächster Nähe in seiner ganzen Blöße erblickte, hätte den beiden, keuchenden Beamten beinahe ein Hitzschlag getroffen. Er öffnete den Mund zu einem Donnerwort, doch klappten seine Sprechwerkzeuge automatisch wieder zu. Seine Zugen schienen sich umzubreden.

„Guten Tag!“, sagte der Stromer sehr sanft und höflich, als wollte er gewissermaßen mit der Stimme seine Blöße bedecken. Der Gendarm aber hatte jetzt endlich das Donnerwort gefunden. Der Blick zuckte auf den Stromer nieder.

„Hier ist das Baden verboten! Können Sie nicht lesen? Und ohne Badehose — ziehen Sie sich sofort an und folgen Sie mir!“

Der Stromer sah den Gendarm ruhig an. Er genierte sich nicht im geringsten. Um so mehr mochte der Anblick des unbefleckten Mannes den pflichttreuen, gedekten, in Ehren grau gewordenen Beamten beleidigen.

„Wie heißen Sie?“ brüllte er noch einmal und zog ein Notizbuch aus der Brusttasche.

Der Stromer warf einen Blick auf seine hinter dem Weidenbüsch verstreuten Sachen, sah dann dem Gendarmen fest ins Auge und sagte: „Mein Name ist Baron von Sand.“ Er mochte dabei eine Verbeugung, die in seinem Zustand etwas grotesk wirkte.

Der Gendarm schien einen Augenblick lang unsicher zu sein. „Baron von Sand?“ dachte er. „Vielleicht Besuch auf dem Rittergut?“ Ein Welle des Grafen Wedel? Baron von Sand? hm.“

„Ich wolle hier zu Besuch!“ machte sich der Stromer die Pause zunutze. Und geschmeidig legte er hinzu: „Ich möchte Sie nicht in Verlegenheit bringen, Herr Oberlandjäger. Es war nur eine Laune von mir.“

„Herr Baron“, sagte der Gendarm, nun überzeugt, wirklich den Knecht des Grafen von Wedel oder irgendwelchen Besuch vom Rittergut vor sich zu haben, „Herr Baron, ich bitte um Entschuldigung, wenn ich noch in ... Aber ... ich konnte doch nicht ahnen ... Es trübt sich hier so viel Gefindel herum ... Aber wenn der Herr Baron hier ... Zwischen den Büschen ist es ja nicht so schlimm. Hoff, eine Hige heute, Herr Baron.“

Er zog sein Taschentuch, nahm die Mühe ab und wischte sich über die Stirn. Plötzlich weiteten sich seine Augen. Er ging ein paar Schritte nach rechts, bückte sich und hob die Badehose des Stromers am Schnürsenkel auf.

„Komischer Vapen!“ knurrte er. „Soll wohl 'ne Badehose vorstellen?“

Er witterte umher, entdeckte das Kleiderbündel hinter dem Weidenbüsch und hatte die Freggen auch schon mit einem Sprung erreicht.

„Halunke!“ entfuhr es ihm. „Na warte! — Wollen Sie nicht die Güte haben, sich jetzt anzuziehen, Herr „Baron“?“ Ein gefährliches Drohen lag in dem Spott.

Der Baron stand wie angewurzelt da.

„Los!“ kommandierte der Landjäger.

„Was wollen Sie denn von mir?“ fragte der Stromer nieder- geschlagen.

„Ich verhafte Sie wegen verbotenen Badens, falscher Namens- auflegung und Erregung öffentlichen Aergernisses! Folgen Sie mir!“

„Möchte wissen, bei wem ich öffentliches Aergernis erregt haben soll“, knurrte der Stromer und nahm die Sachen über den Arm, bereit, dem Landjäger zu folgen.

„Sind Sie verrückt?“ brüllte der. „Angezogen! Aber 'n bißchen da!“

„Nein!“ sagte der Stromer gemächlich. „Der Staatsgewalt leiste ich keinen Widerstand. Ich folge Ihnen, aber nur so, wie ich vor Ihnen stehe.“

Es war ein sonderbares Paar, das auf Feldwegen die kleine Stadt zu erreichen suchte. Ein dicker, keuchender, schwigender Land-

politist und ein völlig nackter Mann, der seine Sachen in der Hand trug. Die Wege lagen im Sonnenglanz wie ausgestorben. Beide knirschte der Sand unter den Füßen. Der Stromer ging erhobenen Hauptes, wie ein König zur Krönung.

Sie kamen an einem Bauern vorbei, der mit seinen Pferden auf dem Felde arbeitete. Er begann aus vollem Halse zu lachen, und das Handpferd fing zu wiehern an.

„Schöne Geschichte!“ lachte der Gendarm im stillen.

Eine Frau kam ihnen mit einem Keifglarren entgegen. Der Gendarm bekam vor Scham einen Schwindelanfall. Er sah starr an der Frau vorbei. Die Frau kreischte auf und gaffte ihnen mit offenem Munde nach.

„Wollen Sie nicht endlich vernünftig sein?“ Es klang wie ein Stokfueßer. Auf der Stirn des Gendarmen perlten Schweiß- tropfen.

Der Stromer lachte.

Die Stadt war schon zu sehen. Es würde einen Riesenaufbruch geben. Es war unmöglich, mit dem Mann in diesem Aufzuge am hellen Tage durch die Stadt zu ziehen.

„Ziehen Sie sich an!“ bat jetzt der Gendarm.

Der Stromer zuckte nur mit den Schultern und pffte im Weitergehen. Der Gendarm mußte ihn folgen. Er hatte die Mühe abgenommen und wischte sich zum soundssovielten Male den Schweiß von der Stirn.

„Halt! Hier rein in die Büsche!“ kommandierte er plötzlich in höchster Erregung. Er hatte geradeaus einen Trupp Mädchen entdeckt. Es waren Schülerinnen, die unter Führung ihrer Lehrerin einen Ausflug machten.

Der Stromer lauerte neben dem Landjäger am Boden. Die Mädchen kamen näher und schritten ahnungslos vorüber. Ihr Lachen klang noch eine Weile zurück.

Unter dem Sozialistengesetz

Züricher Erinnerungen / Von Dr. Julian Marcuse-München

Das politische Leben Deutschlands in den achtziger Jahren stand unter dem strangulierenden Druck des Sozialistengesetzes, verfeuert und verjagt irren Anhänger und Befürworter von Ort zu Ort, bargen ihr Leben im Schöße treugebliebener Genossen in Dunkelheit und Nacht, wanderten aus, um auf fremdem Boden den Schutz zu suchen, den die Heimat nicht gewährte. Das Zentrum der versprengten wie der ungeborenen Kämpfer wurde Zürich, die jahrhundertalte Tradition des Ahrrechts ebnete den Weg zum Erscheinen des „Sozialdemokraten“, dem Kampfblatt der Partei, im Jahre 1879. Damit war der Schauplatz der Bewegung, soweit sie nicht unterirdisch sich auf heimlichem Boden fortbewegte, in die Schweiz verlegt, ein Generalstab erstand, seine Händliger Glieder waren in Zürich sesshaft geworden: Eduard Bernstein, Richard Fischer, Ignaz Reitterer, seine Auftrags- hauptmännchen, die von Zeit zu Zeit erscheinenden Parlamentarier Georg v. Vollmar, der defamistisch in der allerersten Zeit den „Sozialdemokraten“ redigierte, Wilhelm Liebknecht, August Babel, Ignaz Auer und andere. Wer den Sozialismus in Bekanntheit, Idee und Nahrung kennenlernen wollte, für den gab es in jener Zeit nur Zürich, deren innere Werten aber nur erschließbar waren durch vorausgegangene Bewährung oder empfehlende Geläuterte. Denn die Zahl der Höfcher und Angaher wuchs mit der Höhe der von Jahr zu Jahr steigenden Belohnungen, die das Deutsche Reich für Spitzel und „agents provocateurs“ auswarf, und längt hatten sich in den Dienst dieses verächtlichen Meisters halblöse eintrige Parteigenossen und Belüchter aller Art gestellt.

Es war an einem Frühlingstag des Jahres 1883, als ich in der Halle des Deutschen Reichstags vor Wilhelm Liebknecht stand und ihm ohne jede weiteren Umschweife meinen Wunsch nach einer Einführung in die Züricher Emigrantenkreise vortrug, die ich anlässlich meines dortigen Studienantritts näher kennenlernen wollte. Der „Alte“ — und war er es auch noch nicht, so stempelnd doch erste gedankenschwere Phasognomist wie äußerer habitus, breiter Schlopphut und faltiger Havelock ihn dazu — begann nun mit mir ein Zwiegespräch, das bald von der leichten Fragestellung in ein ausforschendes Verhör abglitt, dessen zufriedenstellendes Ergebnis für mich eine Bistienkarte von ihm war mit der Anschrift „Ueberbringer wünscht sich zu informieren“. Mühselig lautete die Weisung, dieselbe Eduard Bernstein zu überbringen. Wenige Tage darauf stand ich vor diesem in seinem Arbeitszimmer in Hottingen, die bedächtliche argwöhnliche Kulterung — der Züricher Kulenheit hatte wohl den von Natur aus prüfenden Blick noch um einige Nuancen gesteigert — fiel zufriedenstellend aus, denn nun öffneten sich mir die Häuser Zedel und Lübeck auf der Oberstraf und vor allem das Innerste der Tempelorte, die Werkstatt Meisters im Hottingen, die rote Postmeisterei.

Zuf dem heute dichtbedeckten Hang, der von Oberstraf gegen den Zürichberg hinaufzieht, standen damals wie einsame Vorkosten auf weiter Flächen zwei eng aneinander geklebte Reihenhäuser, im ersten Stock des einen hatten Zedels, denen Berlin unter dem Sozialistengesetz zu heil geworden war, ihr Domizil gefunden, im gleichen des anderen der Journalist Carl Lübeck, den dieselben Empfindungen aus Frankfurt verjagt hatten. Die bis zu ihren letzten Lebensmonaten — sie ist sehr viel später in hochbetagtem Alter in Berlin gestorben — bewegliche und geistig regsame Mutter Zedel bildete mit ihren Töchtern Julie und Regina — erstere folgte ihrem Mann, dem russischen Arzt Romm, nach Paris, letztere wurde später die Frau Eduard Bernsteins — und dem von Zeit zu Zeit von Berlin aus erscheinenden Sohn, dem bekannnten Parteigenossen Dr. Ignaz Zedel, die Sammelstelle der deutschen Sozialisten; bei Lübecks dagegen — sie selbst war Polin — fanden sich die Revolutionäre der gesamten skandinavischen Länder ein. Hier zeigte sich, wenn auch in flüchtiger Eile, Peter Krapotkin, hier tauchte eines Tages Ludwig Deutsch, der zweimal dem sibirischen Reiter entflohen war, auf, hier war selbst die schreie Vera Sassulitsch zu Gast, die mit ihrem Attentat auf den seinerzeitigen Petersburger Generalgouverneur Trepow das Signal zum blutigen Kampfe gegen die zaristische Gewalt Herrschaft gegeben hatte. In diesen beiden Häusern konzentrierte sich das gesellschaftlich-politische Emigrantenleben der damaligen Zeit, der dauernde Zutrom der verschiedenartigsten Elemente schuf eine Atmosphäre von pulsierender Lebendigkeit und rastloser Hingabe an die gemeinsamen Ziele.

Die praktisch-organisatorische Arbeit, die die Verbreitung des „Sozialdemokraten“ in Deutschland hatte, spielte sich an einer anderen Stelle ab, im Hauptquartier von Ignaz Reitterer in Hottingen. Unter dem Kommando des „roten Postmeisters“

„Wir können wieder weiter!“ sagte der Stromer. Der Landjäger feuerte laut. Er war der Situation nicht mehr gewachsen. Er hätte mit dem Mann hier die Dunkelheit abwarten können. Ohne Essen. Ohne Trinken. Der Teufel mochte das aus- halten! Er nicht! Sein Groß gegen den Stromer schwand immer mehr. Er wollte ihn los sein.

„Ziehen Sie sich an und verduften Sie!“ sagte er nach kurzem Kampf.

Der Stromer horchte auf.

„Ihr Ernst?“

„Ich bin froh, wenn ich Sie los bin!“

„Ehrenwort?“

„Ehrenwort!“

Der Stromer sprang auf und zog sich an.

Der Landjäger glaubte ihm noch einige Warnungen geben zu müssen.

„Sie werden nicht mehr in Gewässern baden, wo das Baden verboten ist?“

„Nein!“ sagte der Stromer und pffte.

„Sie werden überhaupt nicht mehr ohne Badehose baden?“

„Nein!“ sagte der Stromer und pffte weiter.

„Dann können Sie jetzt gehen!“

Der Stromer holte aus seiner Tasche einen aufgefalten Zigarrenstummel heraus: „Darf ich Ihnen zum Dank eine von meiner Spezialsorte anbieten?“

Der Beamte hieb ihm den Stummel fluchend aus der Hand.

„Ah!“ bedauerte der Stromer und begann den Boden gründlich abzuschauen.

Als er den Stummel endlich wieder fand, war der Landjäger schon dicht vor der Stadt ...

und angepörrt durch die rührende Sorge seiner Frau — „Lange“ nannte man sie — um das leibliche Wohl der Mitarbeitenden wurden Adressen geschrieben, die verbotenen Früchte sorgsamst super- liert oder auch von unerbächtigen Zeitungen umhüllt als Kreuz- bandführung zurechtgemacht oder schließlich in Kollis und Kisten wohlverborgen, unter allen erdenklichen Umhüllungen verpackt. Dar- neben lief aber der eigens organisierte Postdienst, die direkte Beförderung des „Sozialdemokraten“ über die Grenze, die Postierung von Armen, Reinen und Küdern mit zurechtgebogenen Lagen des aus dünnstem Papier hergestellten Organes. Diese Grenzstätigkeit mit ihrer Ueberbelagerung der Zollbeamten und Höfcher, die die deutsche Regierung bis in die Kreise der eidgenössischen Polizei hinein beschäftigte und bezahlte, war eine ganz besondere Aufgabe, ebenso verlockend wie freudvoll, wenn sie gelungen war. Und sie gelang fast immer, denn Klugheit und bei aller Beherrtheit plan- volles Vorgehen waren auf unserer Seite.

Dem Postdienst lagte sich zwanglos das Bestreben an, unter den Hochschulgehörten für die Idee des Sozialismus zu werden. Wir gründeten daher im Sommersemester 1883 den auf deutschen Universitäten erstmalig in die Erscheinung tretenden „Berein sozialistischer Studenten“. Die Gründungsmitglieder waren Martin und Johannes Weik, der eine bereits in Deutsch- land gemacht, der andere flüchtig, ostpreussische Postersöhne, der hannoveranische Philologe Krüger, ein Hüne mit langem rotem Bart, der Wiener Chemiker Adolf Spiegel, der Schwager von Adolf und Heinrich Braun und der Verfasser dieser kleinen Skizze. So klein die Zahl der aktiven Mitglieder auch blieb, so rühlig und zielbewußt war ihre Arbeit, und das Interesse, das ihr entgegen- gebracht wurde, äußerte sich in dem Besuch ihrer Sitzungen und Versammlungen durch eine Reihe führender Männer. Neben Babel, Liebknecht und Vollmar, die nie verläumten, bei ihren Züricher Be- suchten auch in unseren Kreis zu kommen, war es der Botaniker Dadel-Bart, der Darmstädter Naturwissenschaftler Ludwig Büchner, die damaligen Schriftleiter der „Züricher Post“ Rein- hold Küegg und Theodor Curti, weiterhin Paul Zet- roth, Greulich, Conzett und manch anderer, die bei uns Vorträge hielten und einen engen Kontakt mit dem Verein bewahrten. Und beim Jubiläumsfest des eidgenössischen Parteikonvents zogen wir in geschlossenem Zuge mit dem Wahrzeichen der roten Felle unter den Korporationen mit.

Kreiser war damals der Pathologe Riets, der Direktor des „Bereins deutscher Studenten“. Seine Vereingemessenheit äußerte sich in laiskanöser Anwendung der Uniersitätszungen, sein partei- licher Sinn fand stimmungsvollen Beifall in den Kreisen der reichsdeutschen Studenten. Man entfernte oder beschmierte unsere Anschläge am schwarzen Brett, Vermündungen und selbst Drohbrieve gelangten an uns. Da mußte, um diesen Unfug zu beenden, ein Exempel statuiert werden: Nächtliche Wachtposten unter Führung des obenerwähnten hünenhaften Krüger laurerten auf die Taler, und mit ihrer völlig infammentmäßigen, aber mehr als fühlbaren Züchtigung fanden diese feigen Attentats auf unsere Ankündigungen ihr Ende. Leider war das Bestehen des Bereins nur von kurzer Dauer, als 1884 der größte Teil der Aktiven Zürich verließ, fehlte der Nachschub, und er verblühte.

Eine neue Generation ist seitdem entstanden, von den Alten dämmert nur noch in schwacher Erinnerung der Name, kaum noch ihr Wollen und Wirken. Der Ueberlebende aber schaut bewegten Sinnes zurück in jene Zeit kampferfüllter Begeisterung und opfer- williger Hingabe, und dankbar für das, was er erlebt hat, hat er sie noch einmal in ihrem Ablauf skizzenhaft vor sich erleben lassen!

Europäische Aphoristiker.

2. Friedrich Schlegel

Das Richtverstehen kommt meistens gar nicht vom Mangel an Verstand, sondern vom Mangel an Sinn.

Verbindet die Extreme, so habt ihr die wahre Mitte.

Zur Philosophie gehören, je nachdem man es nimmt, entweder gar keine oder alle Sachkenntnisse.

In der wahren Prosa muß alles unterstrichen sein.

Es gibt so viele Schriftsteller, weil Lesen und Schreiben jetzt nur dem Grade nach verschieden sind.

Die Kritik ist die Kunst, die Scheinlebendigen in der Literatur zu töten.

(Ausgewählt von Jens Grieter.)